



Brennpunkt Wälder

***Bilanzpublikation des Forums Umwelt & Entwicklung zum
Stand der internationalen und nationalen Waldpolitik***

Brennpunkt Wälder

***Bilanzpublikation des
Forums Umwelt & Entwicklung
zum Zustand globaler Waldressourcen und zum
Stand der internationalen und nationalen
Waldpolitik***

Impressum

AutorInnen:

W. Kuhlmann, J. Wolters (ARA e.V.)

unter Mitwirkung von
Gerald Knauf
Laszlo Maraz
Saskia Ozinga
Klaus Schilder
Evy Thies

Herausgeber:

Forum Umwelt & Entwicklung
Am Michaelshof 8-10
53177 Bonn
Telefon: +49-(0)228-35 97 04
Fax: +49-(0)228-92 39 93 56
E-mail: info@forumue.de
Internet: www.forumue.de

Verantwortlich:

Jürgen Maier

Layout:

Monika Brinkmüller

Herstellung:

Knotenpunkt GmbH, Buch

Bonn, November 2002

Diese Publikation ist Teil der Kampagne „Globale Gerechtigkeit ökologisch gestalten“ der deutschen Umwelt- und Entwicklungsorganisationen zum Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung in Johannesburg 2002.

Titelbild: *Visipix, Keller*



Inhalt

Zusammenfassung und Ausblick	4
1. Wie steht es um die Wälder	6
1.1 Der Zustand der Wälder - ein globaler Überblick	6
1.1.1 Afrika	7
1.1.2 Asien	7
1.1.3 Lateinamerika	8
1.1.4 Nordamerika	8
1.1.5 Europa und Russland	9
1.1.6 Resümee	10
1.2 Verlust biologischer Vielfalt	10
1.3 Auswirkungen von Klimaveränderungen	11
1.4 Soziale Auswirkungen	11
2. Internationale politische Entwicklungen	14
2.1 Internationale Waldpolitik im Riofolgeprozess	14
2.2 Wald in der Klimaschutzdiskussion	15
2.3 Wald und Biodiversität	17
2.4 Globale politische Trends	18
2.4.1 Blickpunkt WTO	18
2.4.2 Rolle der Weltbank	20
2.5 Die Rolle der EU im internationalen Waldschutz	21
3. Waldpolitik in nationaler Verantwortung	24
3.1 Das Nationale Waldprogramm	25
3.1.1 Umwelt- und gesellschaftspolitische Argumente für ein Nationales Waldprogramm in Deutschland	25
3.1.2 Zielvorgaben eines Nationalen Waldprogramms	26
3.2 Wald in der Entwicklungszusammenarbeit	27



Zusammenfassung und Ausblick

Das Thema Waldnutzung und Walderhalt war bereits auf der UN-Konferenz Umwelt und Entwicklung 1992 eines der dominierenden Verhandlungsthemen und steht 10 Jahre nach Rio unverändert und weitgehend ungelöst auf der politischen Agenda.

Von Entspannung im Sektor Wald und Waldzerstörung kann keine Rede sein. Im Gegenteil, der Schwund und die Degradierung der Wälder weltweit ist ungebrochen. Den sehr konservativen Berechnungen der FAO zufolge beläuft sich der jährliche Waldverlust auf 16,1 Millionen Hektar; deutlich über 90 Prozent entfallen auf die Tropen, wobei sich Südamerika zusehends zur Region mit dem größten Flächenverlust entwickelt.

Dabei sagt der reine Flächenverlust relativ wenig aus über den Zustand des Ökosystems Wald. Fragmentierungen ehemals geschlossener Waldflächen, Degradierung oder selektive Übernutzung bestimmter Waldressourcen zeichnen auf der Ebene biologischer Vielfalt erheblich gravierendere Konsequenzen als der reine Flächenverlust zum Ausdruck bringt. Davon sind heute bereits riesige Waldressourcen betroffen; in Zentralafrika beispielsweise finden sich große geschlossene Waldformationen nur noch auf knapp 50 Prozent der Bestückungsfläche.

Die Umwandlung von Wald in landwirtschaftliche Flächen und eine unzureichende Umsetzung bestehender Waldschutzgesetze gelten heute als die wichtigsten Ursachen der Waldverluste. Dabei darf nicht übersehen werden, dass in den letzten zehn Jahren Zerstörungssachen prominenter geworden sind, die in früheren

Schadensbilanzen noch eine deutlich geringere Rolle spielten. Dazu zählt etwa der Ausbau von Großplantagen (z.B. Palmölplantagen in Indonesien oder Soja- und Eukalyptusplantagen in Brasilien), die fast ausschließlich exportorientiert arbeiten und insofern die Industrieländer - die sich stabiler Waldbestände rühmen - immer stärker in die Mitverantwortung für Waldverluste im Süden ziehen. Auch der dramatische Verlust an Mangrovenwäldern geht beispielsweise weitgehend auf das Konto der Anlage von exportorientierten Garnelenzuchtanlagen. Vor diesem Hintergrund kann es auch nicht verwundern, dass heute vom Menschen gelegte Brände in vielen Waldregionen zu den bedeutendsten unmittelbaren Zerstörungsursachen zählen.

Anthropogen bedingte Klimaveränderungen spielen nachweisbar bislang keine signifikante Rolle bezüglich der Veränderungen von Waldökosystemen und ihren Lebensgemeinschaften. Augenscheinlich üben allerdings Klimaextremereignisse und deren Folgen vielerorts bereits einen spürbaren Einfluss aus auf die Flächenvernichtung von Wald.

Nationale Politiken und auch die internationale Staatengemeinschaft haben auf die Herausforderung zum Gegensteuern bislang höchst unzureichend reagiert. Im Rahmen des Rio-Folgeprozesses legte das eingesetzte Intergovernmental Panel on Forests (IPF) der Kommission für Nachhaltige Entwicklung (CSD) ein von der internationalen Staatengemeinschaft verhandeltes Paket von Aktionsvorschlägen vor, das 1997 von der Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen (RIO+5) verab-



Foto: visipix/Glogg

Der dramatische Verlust an Mangrovenwäldern geht weitgehend auf das Konto der Anlage von exportorientierten Garnelenzuchtanlagen.



schiedet wurde - eine höchst unverbindliche und in vielen Passagen lückenhafte Handlungsvorlage. Zur Unterstützung der Umsetzung der IPF-Aktionsvorschläge wurde dann das Intergovernmental Forum on Forests (IFF) eingesetzt. Dessen im Februar 2000 vorgelegtes Abschlussdokument machte weitere 120 Aktionsvorschläge, die allerdings kaum über die des Vorläufergremiums IPF hinausgehen.

Um die Waldverhandlungen auf internationaler Ebene weiter führen zu können, wurde schließlich das Wälderforum der Vereinten Nationen (UNFF) eingerichtet. Die Unterstellung unter den Wirtschafts- und Sozialausschuss der Vereinten Nationen (ECOSOC) sollte den auf der Stelle tretenden Waldverhandlungen größeres Gewicht beimessen. Ob dies gelungen ist, bleibt auch nach zwei Arbeitstagungen des UNFF mehr als fraglich.

Grundsätzlich Hoffnungen macht derzeit allein die Behandlung des Themas Wald im Rahmen des „Übereinkommens über die biologische Vielfalt“. Diese Rio-Konvention bietet auch vom politischen Impetus grundsätzlich einen geeigneten fachlichen Hintergrund zur Behandlung des Themas Wald, weshalb seit vielen Jahren von NRO immer wieder auf ein Waldprotokoll im Rahmen dieser Konvention gedrängt wurde.

Inzwischen wurde im Rahmen der Biodiversitätskonvention ein Arbeitsprogramm zur Waldbiodiversität verabschiedet und mehrfach beraten, ohne allerdings politisch verbindliche Ziele zu formulieren.

Die Chance für eine Trendwende zum Schutz der Wälder und ihrer Artenvielfalt wurde auch auf der jüngsten Vertragsstaatenkonferenz in Den Haag eher verpasst. Zwar haben die Vertragsstaaten dort erstmals ihren politischen Willen erklärt, das weltweite Artensterben bis zum Jahr 2010 zu stoppen. Doch sie konnten sich bei der Verabschiedung des Wald-Arbeitsprogramms weder darauf einigen, bis wann welche Teilschritte umgesetzt sein sollen, noch darüber, wie die Arbeit zu finanzieren ist. Der Weltgipfel zu Nachhaltiger Entwicklung in Johannesburg kann und müsste - wenn der Prozess weiter voranschreiten soll - weitere Verhandlungen massiv mit neuem politischen Gewicht mandatieren.

Zu den vielfältigen Erfahrungen aus zehnjährigem Verhandlungsmarathon auf internationaler Ebene gehört auch, dass - wie immer ein internationales Regelwerk zum globalen Waldschutz einmal aussehen wird - dessen Wirkungspotenzial auf die globale Waldvernichtung

nicht überschätzt werden darf. Zu groß sind bekanntermaßen die Partikularinteressen von Nationalstaaten an ihren Waldressourcen wie Waldflächen, als dass ein internationales Instrument signifikant zu einer Trendwende in der Vernichtung globaler Waldressourcen beitragen könnte. Umso bedeutsamer sind und bleiben die Wahrnehmung von einzelstaatlicher Handlungsverantwortung und die von anderen, bereits bestehenden globalen Politikinstrumenten.

Die aktuelle Neukonditionierung der Waldpolitik der Weltbank leistet dazu derzeit alles andere als einen sinnfälligen Beitrag. Ebenso wenig bieten die GATT-Regularien bis heute einen Schutz vor dem Ausverkauf von Waldressourcen. Und im Rahmen des Kyoto-Protokolls bleiben strategische Schlupflöcher etwa bezüglich der Kohlenstoff-Fixierung, die letztlich den Abbau von Naturwaldsystemen zu Gunsten von Energie- und Holzplantagen fördern, gefährliche kontraproduktive Elemente.

Im nationalen Rahmen hat die jüngst von der Bundesregierung verabschiedete Nationale Nachhaltigkeitsstrategie gezeigt, dass das Thema Wald noch immer nicht als prioritäres Handlungsfeld verstanden wird.; es ist schlichtweg im ersten Handlungskatalog ausgeblendet. Hoffnung macht im Bereich deutscher Politikverantwortung derzeit allein ein neues Waldsektorkonzept des BMZ, das aus mehreren Gründen bemerkenswert ist. Zum einen deshalb, weil es Sinnzusammenhänge zwischen ökologischen, sozialen und ökonomischen Aspekten des Themas Waldschutz und -nutzung reflektiert und operational harmonisiert. Zum zweiten, weil es Vergabepraxis im Sinne von Nachhaltigkeit konditioniert und damit nicht nur zu einer sinnvollen Handlungsgrundlage für deutsches EZ-Engagement werden kann, sondern auch klare Positionen für die nationale Waldpolitik ebenso wie für internationale Waldverhandlungen vorgibt.

Es ist ein demonstrativer Schritt in die richtige Richtung und verdiente angesichts der Verantwortung deutscher Verbraucher an der globalen Waldvernichtung auch eine gezielte Popularisierung im nationalen Nachhaltigkeitsdiskurs.

Umgesetzt worden ist das neue Sektorkonzept bislang natürlich noch nicht. Es könnte und sollte aber schon zur Richtschnur deutscher Verhandlungspolitik in Johannesburg werden - und darüberhinaus. Und wer immer ab Herbst 2002 in Deutschland Regierungsverantwortung trägt, wird von den NRO, vom Forum Umwelt und Entwicklung an einer solchen Handlungsstringenz gemessen werden.

1. Wie steht es um die Wälder

1.1 Der Zustand der Wälder - ein globaler Überblick

Im März 2001 stellte die Welternährungsorganisation FAO ihre jüngste Bestandsaufnahme zum Zustand der Wälder vor: das Global Forest Resources Assessment 2000¹. Bei aller Kritik an der Methodik der FAO (siehe Kasten) ist dies die einzige Statistik, die vergleichbare Daten für alle Wälder der Welt liefert:

- Mit 3.866 Mio. Hektar Land bedecken Wälder fast ein Drittel der Landfläche der Erde. 25 Prozent davon entfallen auf Lateinamerika, 23 Prozent auf Russland, 19 Prozent auf Asien, 17 Prozent auf Afrika, 12 Prozent auf Nordamerika und 5 Prozent auf Europa. Fünf Prozent der Wälder sind Plantagen.
- 47 Prozent aller Wälder sind tropisch, 9 Prozent subtropisch, 11 Prozent gemäßigt und 33 Prozent boreal.
- In den 90er Jahren gingen insgesamt 94 Mio. ha Wald verloren, das sind 2,4 Prozent der Waldfläche von 1990. Einem jährlichen Verlust von 14,6 Mio. Hektar Wald standen eine Neubewaldung (inklusive Plantagen) von 5,2 Mio Hektar gegenüber.
- Die Fläche der Waldplantagen wuchs in den 90er Jahren um 3,1 Mio. Hektar pro Jahr. Etwa die Hälfte davon wurde auf vorher nicht bewaldetem Land angelegt, die andere Hälfte entstand nach der Umwandlung von Naturwäldern.
- Der Gesamtwaldverlust (inklusive der Umwandlung in Plantagen) beläuft sich damit auf 16,1 Mio. Hektar pro Jahr. Davon entfallen allein 15,2 Mio. Hektar auf die Tropen.

Veränderung der Waldfläche zwischen 1990 und 2000

	Landfläche	Waldfläche	Waldfläche	Bewaldung	Veränderung	Veränderung
	1990	2000	2000	1990-2000	pro Jahr	
	in Mio. ha	in Mio. ha	in Mio. ha	in Prozent	in Mio. ha	in Prozent
Afrika	2.963,3	702,5	649,9	21,9	-52,6	-0,7
Asien	3.835,6	737,7	730,2	19,0	-7,7	-0,1
Lateinamerika	2.017,8	1.011,0	964,4	47,8	-46,7	-0,5
Nordamerika	1.838,0	466,7	470,1	25,6	3,9	0,1
Europa	570,1	171,3	176,3	30,9	4,9	0,3
GUS	1.789,3	870,8	875,2	48,9	4,4	0,0
Welt	13.014,1	3.960,0	3.866,1	29,7	-93,8	-0,24

Daten zusammengestellt aus FAO 2001 (siehe Fußnote 1)

Kritik an den Zahlen der FAO

Schönfärberei und eine tendenziöse Interpretation der Daten wird der FAO angesichts der jüngsten Bestandsaufnahme von Umweltorganisationen vorgehalten, die im Ergebnis einen Rückgang des jährlichen Waldverlustes auf neun Millionen Hektar belegen sollen, 20 Prozent weniger als fünf Jahre zuvor¹. Die Kritik fasst eine Studie des World Resources Institute zusammen, die zeitgleich vorgelegt wurde². Moniert wird nicht nur, dass die FAO bereits ab einem Kronendeckungsgrad von 10 Prozent von Wald spricht³.

Auf Unverständnis stößt insbesondere, dass nicht zwischen Naturwäldern und Plantagen unterschieden wird. So werden neue Plantagen, die jedes Jahr auf einer Fläche von mehr als drei Millionen Hektar

angelegt werden, gegen der Verlust der gleichen Fläche an artenreichen Naturwäldern verrechnet.

Wie breit der Spielraum für die Interpretation vorhandener Daten ist, zeigt eine auf Satellitenbilder gestützte Untersuchung der Universität von Maryland. Dabei wurde die Bedeckung des Bodens mit Bäumen oder Sträuchern gemessen. Bei einem Kronendeckungsgrad von zehn Prozent gäbe es mehr als 6 Milliarden Hektar Wald auf der Erde, bei 60 Prozent wären es nur noch 1,7 Milliarden Hektar.

Nach einer Studie des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP)⁴ belief sich die Fläche der geschlossenen Wälder (mit einem Kronendeckungsgrad von mehr

als 40 Prozent) 1995 auf 2.870 Mio. Hektar oder 21,4 Prozent der Landfläche der Erde. Fast die Hälfte davon findet sich in nur drei Ländern: Russland, Kanada und Brasilien.

¹ FAO (1995): State of the World's Forests, Rom
² Emily Matthews (2001): Understanding the FRA 2000, World Resources Institute, Forest Briefing No. 1, Washington (<http://www.wri.org/forests/pdf/fra2000.pdf>)

³ Vier große Kastanien am Rand eines Fußballfeldes würden ausreichen, um diese Sportstätte nach FAO-Standards als Wald zu klassifizieren. In der deutschen Waldstatistik wird ein Kronendeckungsgrad von 50 Prozent zugrunde gelegt.

⁴ UNEP (2001): An Assessment of the Status of the World's Remaining Closed Forests, UNEP / DEWA / TR.01-2, Nairobi

- Die Umwandlung für landwirtschaftliche Zwecke war in den 90er Jahren für 70 Prozent der Waldverluste verantwortlich. Während in Lateinamerika großflächige Umwandlungen überwogen, waren es in Afrika eher die Rodungen von Kleinbauern. In Asien hielten sich beide Faktoren etwa die Waage.

1.1.1 Afrika

Nach Angaben der FAO gingen in Afrika zwischen 1990 und 2000 pro Jahr 0,74 Prozent der Waldfläche verloren. Das entspricht etwa 5 Millionen Hektar oder der Fläche Togos. Die höchsten jährlichen Entwaldungsraten wies Burundi mit 9,0 Prozent auf, gefolgt Ruanda von mit 3,9 und Niger mit 3,7 Prozent. Die größten Flächenverluste hatten in dieser Dekade der Sudan (9,6 Mio. ha), Zambia (8,5 Mio. ha) und die Demokratischen Republik Kongo (Ex-Zaire, 5,3 Mio. ha) zu verzeichnen².

Die Umwandlung von Wald in landwirtschaftliche Flächen und eine unzureichende Umsetzung der Waldschutzgesetze gehören zu den wichtigsten Ursachen der Waldverluste. In West- und Zentralafrika wurden für große Gebiete Holzeinschlagskonzessionen vergeben. Erst die hierfür angelegten Straßen und Wege ziehen häufig eine Besiedlung der Flächen nach sich. 60 Prozent der zwischen 1990 und 2000 zerstörten Tropenwälder Afrikas wurden für kleinbäuerliche Landwirtschaft gerodet.

Das Sammeln von Feuerholz und die Produktion von Holzkohle sind eine wichtige Ursache für die Degradierung insbesondere von Trockenwäldern und Savannen. In vielen Ländern West- und Zentralafrikas liefert Holz immer noch mehr als 80 Prozent des Energiebedarfs der privaten Haushalte. In Ostafrika beläuft sich der Brennholzbedarf auf 1-2 kg pro Person und Tag. Auf Madagaskar ist das Sammeln von Brennholz die wichtigste Ursache der Entwaldung³.

In Ländern wie Angola, der Demokratischen Republik Kongo und Sierra Leone tragen Unruhen und kriegerische Auseinandersetzungen zum Waldverlust bei.

1.1.2 Asien

Zwischen den beiden größten Waldformationen der Region gibt es deutliche Unterschiede in der Waldproblematik. Während in den Tropenwäldern Südasiens zwischen 1990 und 2000 jedes Jahr 2,3 Mio. Hektar (=1 Prozent der Waldfläche) verloren gingen, stieg die Fläche der gemäßigten Wälder Ostasiens um jährlich 1,85 Mio. Hektar. Verantwortlich dafür sind in erster Linie Neuanpflanzungen in China⁴.

Am Beispiel Indonesiens lassen sich viele Entwicklungen belegen, die auch in anderen Tropenwaldregionen zu beobachten sind⁵:

- Noch in den 50er Jahren war Indonesien dicht bewaldet. 40 Prozent der Wälder des Landes wurden in den letzten 50 Jahren gerodet. Die Waldfläche ging



Foto: visioix/Blum

Straßen öffnen die Wälder

Während in Europa und den Vereinigten Staaten fast der gesamte Wald in irgendeiner Form bewirtschaftet wird, sind noch etwa 40 Prozent der Tropenwälder weitgehend unberührt. Etwa die Hälfte davon droht allerdings in den nächsten Jahren „erschlossen“ zu werden. An den Rändern ehemals intakter Wälder entwickelt sich rasch eine Mischung aus Wald- und Landwirtschaft. Die damit verbundene Degradierung und Umwandlung des Waldes wird aber nur selten als Waldverlust bilanziert.

Eine statistische Erhebung der Waldflächen sagt noch nichts über deren ökologische Qualität aus. Straßen werden dabei nicht berücksichtigt, obwohl sie für eine Reihe von Arten die zur Verfügung stehenden Lebensräume in engen, Migrationsrouten unterbrechen, Zugangswege für nicht einheimische Arten schaffen und insbesondere an den Waldrändern zu Veränderungen des Mikroklimas führen. Gleichzeitig ist es erst der Bau von Straßen, der bislang unzugängliche Gebiete für Holzeinschlag, Jagd und Besiedlung öffnet.

Die Straßendichte, d.h. die Straßen pro Flächeneinheit, stellt deshalb einen interessanten Indikator dar, der Aufschluss über den Grad der Fragmentierung von Waldgebieten geben kann. Eine Untersuchung der Waldfläche Zentralafrikas zeigt dies anschaulich: Ohne Straßen, die auf den üblicherweise benutzten Satellitenbildern mit einer Auflösung von einem Kilometer nicht mehr zu erkennen sind, scheinen zusammenhängende Waldblöcke von mehr als 100 km² Größe 83 Prozent der Waldfläche Zentralafrikas auszumachen. Bezieht man das bestehende Netzwerk an Straßen aber mit ein, so sind große Waldblöcke nur noch auf 49 Prozent der Fläche zu finden*.

Eine genauere Untersuchung dieser und anderer Indikatoren könnte dazu beitragen, ein besseres Bild von Zustand der Wälder, ihrer ökologische Qualität und dem Bedrohungspotenzial zu erhalten.

* Emily Matthews et al. (2000): Pilot Analysis of Global Ecosystems - Forest Ecosystems, World Resources Institute, Washington (abrufbar unter <http://www.wri.org/wr2000>)

von 162 auf 98 Mio. Hektar zurück. Lag die Entwaldungsrate in den 80er Jahren noch bei 1 Mio. Hektar pro Jahr, so stieg sie in der ersten Hälfte der 90er Jahre auf 1,7 Mio. Hektar pro Jahr. Seit 1996 wird sie auf 2 Mio. Hektar pro Jahr geschätzt.

- Der massive Ausbau der Sperrholz-, Zellstoff- und Papierproduktion hat zu einer Holznachfrage geführt, die heute 35-40 Mio. m³ über dem Volumen liegt, was legal in den Wäldern Indonesiens produziert werden kann. Viele Holz verarbeitende Firmen geben offen zu, dass diese Lücke mit illegal eingeschlagenem Holz gefüllt wird. Sein Anteil wird auf etwa 65 Prozent des im Jahr 2000 verarbeiteten Holzes geschätzt.
- Für mehr als die Hälfte der Wälder wurden Holzeinschlagskonzessionen vergeben. Doch obwohl hier nicht nachhaltig gewirtschaftet wird, sank die legale Holzproduktion von 17 Mio. m³ (1995) auf weniger als 8 Mio. m³ (2000). Dieser Rückgang wird zum Teil durch Holz ausgeglichen, das aus Wäldern stammt, die zur Rodung für Industrieholz- oder Palmölplantagen freigegeben wurden.
- Fast 9 Mio. Hektar Land sind für den Aufbau von Industrieholzplantagen vorgesehen. Ein großer Teil davon waren Naturwälder, die bereits gerodet wurden oder in Kürze gerodet werden. Allerdings sind bislang nur 2 Mio. Hektar bepflanzt worden, hauptsächlich mit einer Akazienart (*Acacia mangium*). 7 Mio. Hektar ehemaliges Waldland liegt brach.
- Bis 1997 sind 7 Mio. Hektar Land für den Aufbau von Palmöl- und anderen Plantagen freigegeben worden. Seit 1985 sind auf 2,6 Mio. Hektar Palmölplantagen entstanden, 1-1,5 Mio. Hektar wurden mit anderen Plantagen bepflanzt. Die restlichen 3 Mio. ha liegen brach.
- Für die Besitzer der Plantagen ist Feuer ein willkommenes Mittel, um weiteren Wald zu roden. Als in einigen Jahren auf Grund von El-Niño-Ereignissen der Monsun-Regen ausblieb, führte dies zu unkontrollierten Feuern von bislang nicht gekannten Ausmaßen. 1994 verbrannten mehr als 5 Mio. Hektar Wald, 1997-98 waren es weitere 4,6 Mio. Hektar.

1.1.3 Lateinamerika

Neben 834 Mio. Hektar Tropenwald gibt es in Lateinamerika weitere 130 Mio. Hektar gemäßigter und Trockenwälder. Im Amazonasbecken finden sich mehr als 20 unterschiedliche Regenwaldtypen, darunter die Ökosysteme mit der höchsten biologischen Vielfalt.

Die höchsten Entwaldungsraten (1,2 Prozent pro Jahr) finden sich in Mittelamerika, die größten Flächenverluste in Amazonien. 190 der 418 Mio. Hektar natürlicher Wälder, die in den letzten 30 Jahren verloren gingen, standen in Südamerika⁶.

Nach neuesten Zahlen des Brasilianischen Institutes für Weltraumforschung (INPE) hat Amazonien zwischen August 1999 und August 2000 weitere 1,8 Mio. Hektar Wald verloren. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum stieg die Entwaldungsrate um 5 Prozent. Für das folgende Jahr (2000 bis 2001) wird eine Verringerung der Entwaldungsrate um 13 Prozent auf 1,5 Mio. ha geschätzt.

Mit 2,9 Mio. ha pro Jahr erreichte die Zerstörung der brasilianischen Regenwälder 1994 und 1995 seinen Höhepunkt. Seitdem liegt der jährliche Waldverlust zwischen 1,5 und 1,8 Mio. ha. Nur 1997 sank er auf 1,3 Mio. ha.

Von ursprünglich 400 Mio. ha Wald hat Brasilien bislang etwa 60 Mio. ha verloren. Mehr als ein Viertel dieser Fläche (16,5 Mio. ha) wurde nach der Rodung nur kurzfristig genutzt und dann verlassen, da die Böden für eine landwirtschaftliche Nutzung nicht geeignet sind⁷.

Die Hauptursache des Waldverlustes liegt hier in der Ausweitung landwirtschaftlicher Flächen. Agroindustrielle Betriebe haben in Brasilien, Bolivien und Paraguay große Flächen für die Sojaproduktion gerodet, in Brasilien außerdem für den Kaffeeanbau und in Mittelamerika, Kolumbien und Ecuador für Bananenplantagen. Offene und versteckte Subventionen sind in vielen Ländern der Region die treibende Kraft hinter der Ausweitung von Rinderweiden.

Der Holzeinschlag zieht Entwaldung nach sich, da er die Wälder für eine Besiedlung durch Kleinbauern öffnet. Insbesondere der Bau von Straßen trägt zur Waldzerstörung bei: pro Kilometer Straße werden in der Folge 400 bis 2.000 ha Wald gerodet. Auf Grund von Straßenbau stieg die Entwaldung im brasilianischen Bundesstaat Pará zwischen 1972 und 1985 von 0,6 auf 17,3 Prozent der Landesfläche⁸.

1.1.4 Nordamerika

Wälder bedecken 26 Prozent der Landfläche Nordamerikas: 245 Mio. Hektar in Kanada und 226 Mio. Hektar in den USA. Nach Angaben der FAO hat sich die Waldfläche in Kanada im letzten Jahrzehnt kaum verändert, während in den USA im gleichen Zeitraum 3,9 Mio. Hektar hinzugekommen sind⁹.

Diese Zahlen sagen allerdings nichts darüber aus, wie sich der Zustand der Wälder verändert hat. Natürliche Waldökosysteme bilden immer noch die unverzichtbare Grundlage der kanadischen Holzwirtschaft. Auf einer Fläche von etwa 1 Mio. Hektar werden hier jedes Jahr ca. 175 Mio. m³ Holz eingeschlagen. Dabei handelt es sich größtenteils um Kahlschläge, die anschließend neu bepflanzt werden. Da diese Sekundärwälder erst in 60 bis 80 Jahren kommerziell interessant sind, findet der Holzeinschlag weiterhin in Naturwäldern statt¹⁰. Besonders betroffen sind hiervon die gemäßigten Regenwälder an der Westküste Amerikas.



Noch gravierender ist die Situation in den USA. Während alte Naturwälder (Old Growth Forests) in den 50er Jahren noch knapp die Hälfte der Waldfläche ausmachten, sank ihr Anteil bis heute auf weniger als 20 Prozent¹¹.

1.1.5 Europa und Russland

Für Europa verzeichnen die Statistiken der FAO für das letzte Jahrzehnt einen Waldzuwachs von 3,6 Mio. ha pro Jahr¹². Urwaldähnliche Bestände nehmen in Mitteleuropa allerdings nur noch verschwindend geringe Flächen ein. Vielerorts bestimmen artenarme Forste und altersgleiche Bestände das Bild, häufig mit einem hohen Anteil nicht heimischer Baumarten.

Die Belastung mit Luftschadstoffen ist eine der wichtigsten Ursachen für Waldschäden, die mittlerweile in ganz Europa zu beobachten ist. Nach einer 1999 europaweit durchgeführten Untersuchung werden nur 36 Prozent der untersuchten Bäume als „gesund“ eingestuft (ohne Nadel- oder Blattverlust). 41 Prozent weisen bis 25 Prozent Laubverlust auf, „geschädigt“ sind 23 Prozent (mehr als 25 Prozent Laubverlust). Im Vergleich zu einer 1992 durchgeführten Untersuchung verschlechterte sich die Situation an 30 Prozent der Beobachtungsstandorte, in 15 Prozent der Fälle verbesserte sie sich. Die Verschlechterungen waren hauptsächlich in der Mittelmeerregion zu beobachten, Verbesserungen in West- und Mitteleuropa¹³.

Mit 850 Mio. Hektar gemäßigter und borealer Wälder ist die Russische Föderation das walddreichste Land der Erde. Mit dem wirtschaftlichen Niedergang der GUS-Staaten ging auch der Holzeinschlag zurück. Nach offiziellen Angaben war er Ende der 90er Jahre auf weniger als ein Drittel dessen gesunken, was in den 70er und 80er Jahren eingeschlagen wurde¹⁴. Umweltorganisationen beklagen aber eine starke Zunahme des illegalen Holzeinschlags. Sein Anteil am Holzhandel mit der EU wird auf 20 bis 30 Prozent geschätzt.

Besonders gravierend ist die Situation im Osten Russlands. An der Grenze zu China sind bereits drei Viertel der Wälder gerodet. Bis zu 50 Prozent des Holzes wurde illegal eingeschlagen und nach China geschmuggelt¹⁵.

Etwa ein Viertel der Wälder Russlands kann heute noch als „unberührt“ bezeichnet werden. Mehr als die Hälfte davon liegt in nur fünf Regionen Sibiriens. Genauere Angaben liegen bislang nur für den Norden des europäischen Teils Russlands vor, aus dem etwa 50 Prozent der Holzexporte des Landes stammen. Nur 14 Prozent der 32 Mio. ha borealer Wälder finden sich noch in relativ ungestörten Waldblöcken von wenigstens 50.000 Hektar Größe. Aber auch sie sind in Gefahr, denn die für den Holzeinschlag interessantesten Gebiete sind bislang nicht gesetzlich geschützt¹⁶.



Foto: BMZ

Waldzerstörung durch Feuer

Neben der Umwandlung von Wäldern für Landwirtschaft oder Infrastrukturprojekte und ihrer zunehmenden Degradierung ist Feuer heute die wichtigste Zerstörungsursache für Wälder. Verglichen mit der Anzahl von Menschen gelegter Feuer ist die Zahl der natürlichen Waldbrände heute fast vernachlässigbar.

Nach einer Untersuchung von UNEP gehen heute etwa 90 Prozent der weltweit verbrannten Biomasse auf Grund menschlicher Aktivitäten in Flammen auf*. Feuer werden in zunehmendem Maße gelegt, um Wälder in Plantagen, Äcker oder Rinderweiden zu verwandeln. Daneben werden sie auch zunehmend beim Streit um Landrechte eingesetzt.

1997 und 1998 kam es in vielen tropischen Regionen zu ungewöhnlich starken Waldbränden. Ursache waren die auf Grund eines El Niño Ereignisses unterdurchschnittlich niedrigen Regenfälle. In Brasilien verdoppelte sich die Zahl der Waldbrände von 1996 auf 1997. Im folgenden Jahr stiegen sie um weitere 86 Prozent an. Dabei gingen die Feuer von landwirtschaftliche Flächen aus und drangen in Wälder vor, die zuvor noch nie gebrannt hatten.

Damit wird ein Kreislauf in Gang gesetzt, der kaum noch unter Kontrolle zu bringen ist. Das erste Feuer öffnet das Kronendach. Das einfallende Sonnenlicht und die zunehmende Luftbewegung führen zu einem stärkeren Austrocknen des Waldbodens. Totholz und eindringende Gräser erhöhen die Menge an brennbarem Material, so dass die folgenden Brände wesentlich heftiger sind und sich schneller ausbreiten. Während das erste Feuer weniger als 45 Prozent der Bäume mit einem Brusthöhendurchmesser von mehr als 20 cm dauerhaft schädigen, führen die folgenden Feuer zum Absterben von bis zu 98 Prozent dieser Bäume**. Damit besteht die Gefahr, dass große Tropenwaldgebiete langfristig in Savanne oder Buschland umgewandelt werden.

Auf Grund fortschreitender Veränderungen im Klimageschehen ist davon auszugehen, dass die Schädigung der Wälder durch Feuer auch außerhalb der Tropen zukünftig erheblich zunehmen wird.

* UNEP (1999): *Wildland Fires and the Environment: A Global Synthesis*. UNEP/DEIAEW/TR.99-1.

** M. A. Cochrane (1999): *Positive Feedbacks in the Fire Dynamic of Closed Canopy Forests*, Science, Bd. 284: 1832-1835



Foto: visipix, Becker

Waldumwandlung zugunsten von Pflanzenwirtschaft (sowohl für den Holz- wie für den Agrarsektor) nimmt regional gefährliche Ausmaße an.

1.1.6 Resümee

Ein vergleichender Überblick über die Wälder der Erde zeigt deutliche Unterschiede in der Waldentwicklung zwischen Nord und Süd. Während die Waldökosysteme der Tropenregionen kontinuierlich - regional dramatisch - schwinden, belegen die statistischen Daten für die meisten Industrieländer einen Zuwachs der Waldfläche. Diese sagen allerdings nichts aus über die ökologische Qualität der Wälder. Der Trend beispielsweise, ursprüngliche Waldökosysteme in artenarme Forste zu „entwickeln“, ist in den gemäßigten Waldsystemen ungebrochen. Damit geht ein Verlust der biologischen Vielfalt von stellenweise deutlich über 50 Prozent einher, zusätzlich eine Verfremdung der Baumbestockung durch eingeführte Fremdarten. Der qualitative Waldverlust bleibt damit ein durchgängiges globales Problem.

In den Entwicklungsländern ist die Umwandlung von Wald in landwirtschaftliche Flächen weiterhin die wichtigste Zerstörungsursache. Als unmittelbare Faktoren sind gleichgewichtig zu nennen: die Vernichtung intakter Waldflächen zu Gunsten industrieller Plantagenwirtschaft und die kleinbäuerliche Besiedlung, für die im Bereich der Primärwälder der exportorientierte Holzeinschlag mit seinen infrastrukturellen Erschließungsmaßnahmen unverändert ein bedeutsamer Aufschlussfaktor bleibt. Die Schaffung neuer Zugangswege beschleunigt dabei auch die Fragmentierung der Wälder und Feuer ist zum wichtigsten Werkzeug für ihre endgültige Zerstörung geworden.

Waldumwandlung zugunsten von Plantagenwirtschaft (sowohl für den Holz- wie für den Agrarsektor) nimmt regional gefährliche Ausmaße an. Wie das Beispiel Indonesien zum Ende der 90er Jahre zeigt, hat die rücksichtslose Waldumwandlung in diesem Sektor teilweise zu dramatischen Sekundärschäden geführt. Die Situation wird insgesamt dadurch verschärft, dass klimatische Veränderungen zu zunehmend unkontrollierbaren Folgen von Brandeingriffen im Rahmen von Waldrodungen führen - ein Trend, der sich zukünftig voraussichtlich noch verschärfen wird.

Globale wie regionale Waldschadensbilanzen bzw. Waldstatistiken blenden unverändert wichtige Aspekte der Ursachenanalyse wie der Folgenabschätzung aus.

Dabei wäre die Entwicklung wirkungsvoller Maßnahmen zum Walderhalt und seiner nachhaltigen Nutzung essentiell von systematischen Ursachenanalysen wie Folgeabschätzungen abhängig.

10 Jahre nach Aufgreifen des Waldthemas durch den UNCED-Prozess kann daher von keinerlei Entspannung im Sektor Wald und Waldzerstörung die Rede sein - im Gegenteil, die globalen Waldressourcen sind zusätzlich durch neue Qualitäten der Zerstörungsmuster bedroht.

1.2 Der Verlust biologischer Vielfalt

Wälder sind die Landökosysteme mit der größten biologischen Vielfalt. Und Biodiversität, auf der genetischen, der Arten- wie der Ökosystemebene, ist ein Indikator für den Zustand der Wälder. Das Messen biologischer Vielfalt bereitet allerdings noch viele Probleme. Zum einen sind die meisten Tier- und Pflanzenarten heute immer noch unbekannt. Nur etwa 1,5 Millionen Arten sind wissenschaftlich beschrieben. Ihre Gesamtzahl wird aber auf 5 bis 30 (und mehr) Millionen geschätzt. Zum anderen fehlen selbst in den Industrieländern die Ressourcen für detaillierte - auch indikative - Bestandsaufnahmen. Genauere Untersuchungen konzentrieren sich bislang auf wenige Tier- und Pflanzengruppen.

Obwohl zunehmend mehr Informationen über Umfang und Ursachen des Waldverlustes zur Verfügung stehen, bleibt es schwer, daraus zu erwartende Artenverluste zu prognostizieren. Die bisherigen Berechnungen basieren nicht auf einem beobachteten Artenrückgang, sondern auf Modellrechnungen der Biogeographie, die die Anzahl der Arten mit der Größe des zur Verfügung stehenden Lebensraumes korrelieren. Die am häufigsten verwendete Beziehung zwischen Arten und Fläche geht davon aus, dass ein Habitatverlust von 90 Prozent mit dem Verlust der Hälfte der dort lebenden Arten verbunden ist¹⁷. Basierend auf Hochrechnungen über den zu erwartenden Rückgang der Tropenwälder - als artenreichste Waldökosysteme - wurde der damit verbundene Artenverlust auf zwei bis fünf Prozent aller Arten pro Jahrzehnt beziffert¹⁸.

Bäume zählen zu den wenigen, relativ gut untersuchten Artengruppen. Die Zahl der Baumarten wird weltweit auf



etwa 100.000 geschätzt. Ein Fünftel findet sich in den gemäßigten Wäldern. Die Zahl der tropischen Baumarten beruht bislang nur auf Schätzungen. Informationen über die Bedrohung von Baumarten sind eine wichtige Voraussetzung für die Planung von Schutzmaßnahmen bzw. einer nachhaltigen Nutzung. Die Vielfalt an Baumarten dient zudem häufig als ein Ersatzmaß für gesamte biologische Vielfalt des jeweiligen Waldökosystems.

Nach einer Untersuchung des World Conservation Monitoring Centre sind mehr als 8.700 Baumarten mehr oder weniger stark bedroht. Zu den wichtigsten Bedrohungsursachen gehört der Holzeinschlag (1.290 Arten), die Landwirtschaft (919 Arten), die Ausbreitung von Siedlungsflächen (751 Arten) und Weidewirtschaft (417 Arten)¹⁹. Die Tatsache, dass 15 Prozent der bedrohten Baumarten allein wegen des Holzeinschlags vom Aussterben bedroht sind, unterstreicht die Ergebnisse anderer Studien, die die Öffnung bislang unberührter Wälder durch die Infrastrukturmaßnahmen der Holzindustrie als die größte Gefahr für die verbliebenen Primärwälder identifizieren²⁰.

1.3 Auswirkungen von Klimaveränderungen

Wälder haben eine direkte Einwirkung auf das Kontinentalklima, denn sie beeinflussen Bodentemperatur, Evapotranspiration, Windgeschwindigkeit, Wolkenbildung und Niederschlag. Darüber hinaus spielen Wälder eine wichtige Rolle im globalen Kohlenstoffkreislauf. Aufgrund ihrer großen Biomasse speichern Wälder etwa 40 Prozent des Kohlenstoffs aller Landökosysteme²¹. Die Zerstörung von Wäldern trägt jährlich mit etwa 20 Prozent zu den von Menschen verursachten Kohlenstoffemissionen bei²².

Nach dem jüngsten Bericht des Intergovernmental Panel on Climate Change wird die mittlere Temperatur auf der Erdoberfläche auf Grund der von Menschen verursachten Emission von Klimagasen (neben Kohlendioxid sind dies in erster Linie Methan und Distickstoffoxid) bis zum Ende des Jahrhunderts um bis zu 5,8°C steigen²³. Modellrechnungen gehen davon aus, dass bereits die langfristige Erhöhung der Durchschnittstemperatur um 1°C regionale Klimaveränderungen nach sich zieht, die deutliche Auswirkungen auf Wachstum und Regenerationsfähigkeit der Wälder vieler Regionen haben wird. Im Vergleich zu der Geschwindigkeit, mit der Bäume wachsen, sich reproduzieren und neue Flächen besiedeln, finden die zu erwartenden Klimaveränderungen relativ schnell statt. Obwohl die Netto-Produktivität auf Grund der höheren Verfügbarkeit von Kohlenstoff aus der Luft steigen könnte, droht die Gesamtbioasse der Wälder auf Grund von zunehmendem Krankheits- und Schädlingsbefall, Dürren und Feuer abzunehmen:

- Die Auswirkungen der Klimaveränderung werden in den nördlichen Breiten am deutlichsten sein. Hier ist mit einem Verlust der südlichen borealen Wälder, einer nur langsamen Verlagerung der Tundrazone

nach Norden sowie zunehmenden Feuern und größerem Schädlingsbefall zu rechnen.

- Das Verbreitungsgebiet gemäßigter Wälder wird sich nur geringfügig verändern, aber insbesondere in Wäldern auf trockenen Standorten wird es zu einer deutlichen Veränderung der Artenzusammensetzung kommen.
- Solange die Zerstörung der Tropenwälder im derzeitigen Umfang fortgesetzt wird, haben Klimaveränderungen einen geringeren Einfluss auf diese Wälder als die Umwandlung in landwirtschaftliche Flächen. Die wichtigste Auswirkung der Klimaveränderungen wird hier eine Verringerung der verfügbaren Wassermenge sein²⁴.

1.4 Soziale Auswirkungen²⁵

Überall auf der Welt gibt es eine Vielzahl von Interessengruppen, die an den verschiedenen Ressourcen der Wälder interessiert sind. Denn Wälder sind die Heimat vieler Millionen Menschen, denen sie nicht nur Nahrung, Feuerholz, Baumaterialien und Medizinalpflanzen liefern.

Regionale Analyse der Wirkung von Klimaänderungen auf Wälder in Brandenburg

Bereits seit 30 Jahren werden Simulationsmodelle entwickelt, die die langfristige Waldentwicklung (Sukzession) und die natürliche Baumartenzusammensetzung in unbewirtschafteten Wäldern simulieren. Am Potsdamer Institut für Klimaforschung wurden die vorhandenen Klima- und Bodendaten für das Land Brandenburg in ein Modell umgesetzt, das die Auswirkung von Klimaveränderungen auf das Baumwachstum abbildet.

Mit steigenden Temperaturen verschwindet die Buche fast völlig und die Wälder werden von trockenheitsresistenten Baumarten wie Eiche, Kiefer und Linde bestimmt. Die Unterschiede in der Baumartenzusammensetzung zwischen den Simulationen mit Szenario +1.5°C und +3°C sind auffallend gering, da das Szenario +3°C eine höhere Jahressumme des Niederschlags aufweist als Szenario 1.5°C und so offensichtlich die Wirkungen der höheren Temperaturjahresmittel kompensiert wird. Der Trend dieser beiden Szenarien gegenüber dem Basiszenarium führt also deutlich zu Verschiebungen der Baumartenzusammensetzung hin zu wärmeliebenden Laubmischwäldern auf den besseren und Kiefern-mischwäldern auf den ärmeren Standorten.*

Diese Informationen aus den Szenarienrechnungen können in der Forstwirtschaft für die Entscheidungen über Waldumbau und Bewirtschaftung eingesetzt werden.

* M. Stock und F. Toth, Hg. (1996): Mögliche Auswirkungen von Klimaänderungen auf das Land Brandenburg, Potsdam Institut für Klimaforschung, Potsdam



Wälder sind die Heimat vieler Millionen Menschen, denen sie nicht nur Nahrung, Feuerholz, Baumaterialien und Medizinpflanzen liefern.

Kanada:

Umweltschützer, die im Elaho Tal in British Columbia gegen den Holzeinschlag der Firma Interfor protestierten, wurden im September 1999 zusammengeschlagen. Ein Jahr später wurde die 72jährige Betty Krawczyk zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, weil sie an einem friedlichen Protest gegen den Holzeinschlag teilgenommen hatte. Fünf Holzfäller, die für die Gewalttätigkeiten im September 1999 verurteilt wurden, erhielten ein Jahr auf Bewährung.

(weitere Informationen vom Canada Wilderness Committee, www.wildernesscommittee.org)

Nigeria:

Arolika Irowainu und Jola Ogungbeje vom Volk der Ilaje wurden im Mai 1998 von Soldaten erschossen. Der amerikanische Ölkonzern Chevron fördert seit 30 Jahren Öl auf dem Land der Ilaje, das große Mangrovenwälder umfasst, und hat dabei zahlreiche Umweltprobleme verursacht. Nachdem Chevron-Mitarbeiter mehrfach nicht zu geplanten Besprechungen erschienen waren, besetzte eine Gruppe der Ilaje friedlich ein Boot der Firma. Kurz darauf wurden sie aus drei Hubschraubern von Soldaten angegriffen.

(weitere Informationen von Human Rights Watch, bmanby@gn.apc.org)

Thailand:

Jurin Ratchapol protestierte mehrfach bei der Polizei gegen das Vordringen von Garnelenfarmen in die Mangrovenwälder im Thalang Distrikt. Am 30. Januar 2001 wurde er erschossen, als er in der Nähe der Watchara Garnelenfarm Cashewnüsse sammelte. Ein Arbeiter der Farm wurde festgenommen und angezeigt.

(weiter Informationen vom Mangrove Action Network, mangroveap@olympus.net)

Auf lokaler und regionaler Ebene erhalten sie die Bodenfruchtbarkeit und sichern die Versorgung mit Trinkwasser in Wassereinzugsgebieten. Sie sind von globaler Bedeutung für die Regulierung von Klima und Wasserkreislauf, für den Erhalt der biologischen Vielfalt und wichtiger ökologischer Prozesse. Gleichzeitig können Wälder (bzw. das Land, auf dem sie stehen) aber auch Holz, Öl und Mineralien liefern - oder sie können für die landwirtschaftliche Produktion genutzt werden. Schließlich haben Wälder für viele Menschen einen spirituellen oder ästhetischen Wert. Es gibt also ein großes öffentliches Interesse.

Die Ursache vieler Konflikte über die Nutzung von Wäldern liegt in der Frage, wem sie gehören und wer das Recht hat, darüber zu entscheiden, was mit ihnen geschieht. Indigene Völker beanspruchen traditionelle Landrechte für einen großen Teil der verbliebenen Primärwälder. Diese Ansprüche müssen respektiert werden, bevor über eine anderweitige Nutzung der Wälder entschieden werden kann. Die Missachtung dieser Rechte ist jedoch an der Tagesordnung, sowohl im Norden als auch im Süden.

Viele Waldkonflikte werden von einem übergroßen Ungleichgewicht politischer Macht beherrscht. Viele Beispiele belegen, dass die Menschen, die unmittelbar im und vom Wald leben und am deutlichsten von ihm abhängig sind, zu den am stärksten marginalisierten Gruppen der Gesellschaft gehören (s. Kästen). Oft leben sie in Armut und haben kaum die Möglichkeit, sich an politischen Entscheidungsprozessen zu beteiligen.

Im Gegensatz dazu verfügen wirtschaftliche Interessen häufig über beachtliche Einflussmöglichkeiten. Holzfirmen und Landspekulanten haben dort den größten Erfolg, wo schwache Regierung öffentliche Interessen am Wald unzulänglich vertreten²⁶. Oder, wie es die World Commission on Forests and Sustainable Development formuliert: „... governments in cash-strapped countries are often no match for powerful commercial interests“²⁷.

Dieses Ungleichgewicht ermöglicht es der einen Gruppe, ihre Interessen auf Kosten der anderen durchzusetzen. Da sie ihre Positionen an den Verhandlungstischen nicht einbringen können, sind politisch schwache Gruppen von Entscheidungsprozessen weitgehend ausgeschlossen. Ihnen bleibt nur der Protest, der häufig zu ernsthaften Konflikten führt. Wenn es in der Folge zu einer Verletzung von Menschenrechten kommt, ist dies letztlich ein weiterer Ausdruck der ungleichen Machtverteilung zwischen den Interessengruppen.

Die Verbrechen gegen Waldaktivisten reichen von Einschüchterung bis Mord. Doch polizeiliche Untersuchungen gibt es kaum - und zu Verurteilungen kommt es noch seltener. Das brasilianische Komitee der Landpastoralen berichtet von 594 Morden an Kleinbauern im Zeitraum von 1988 bis 1997. Nur in 86 Fällen kam es zu einer Gerichtsverhandlung²⁸.



Lösungen zu finden für die Vielzahl an Konflikten, die aus den unterschiedlichen Interessen am Wald (und an anderen Ressourcen) entstehen, ist eine der zentralen Herausforderungen an eine nachhaltige Entwicklung. Die Notwendigkeit einer partizipatorischen Entscheidungsfindung, die alle Interessengruppen umfasst, ist allgemein anerkannt und findet sich in fast allen politischen Erklärungen. In der Praxis nutzt das oft wenig, denn es mangelt an der Umsetzung grundlegender rechtsstaatlicher Elemente, an der Einhaltung von Gesetzen, der Anerkennung international vereinbarter Menschenrechte, das Funktionieren elementarer demokratischer Prozesse. Zahlreiche Beispiele belegen dies²⁹. Ohne dieses solide Fundament droht das Gebäude einer nachhaltigen Entwicklung im Treibsand aus Repression, Gewalt und der Ausnutzung von Macht für persönliche Bereicherung unterzugehen.

Auf die Verbindung zwischen mangelnder Beteiligung an Entscheidungsprozessen, Menschenrechtsverletzungen und ökologischen Schäden weist auch das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen hin: „Economic

policy-making behind closed doors violates the right to political participation - and is susceptible to the corrupting influence of political power and big money. It creates a disabling environment, ripe for human failures. This democratic deficit is widespread in local, national and global economic policy-making - reflected in ... logging that destroys the environment, oil wells that pollute fields and rivers from which people draw their livelihoods“³⁰.

Die Garantie der grundlegenden zivilen und politischen Rechte ist ein erster Schritt auf dem Weg zu offenen und partizipatorischen Entscheidungsfindungsprozessen. Das Prinzip der freien, vorherigen und informierten Zustimmung (free, prior and informed consent) zu Entscheidungen über die Nutzung natürlicher Ressourcen muss ausgebaut, gestärkt und umgesetzt werden.



¹ FAO (2001): *Global Forest Resources Assessment 2000*, FAO Forestry Paper 140, Rom. Die Ergebnisse gibt es online unter: <http://www.fao.org/forestry/fo/fra/index.jsp>

² siehe Fußnote 1

³ UNEP (2002): *Global Environmental Outlook 3 (GEO 3)*, Earthscan, London

⁴ siehe Fußnote 1

⁵ Charles Barber et. al (2002): *The State of the Forests: Indonesia*, World Resources Institute, Washington (<http://www.wri.org/forests>)

⁶ siehe Fußnote 1

⁷ INPE (2002): *Desmatamento 2000-2001*. download unter <http://www.amazonia.org.br/english/guia/detalhes.cfm?id=1018>

⁸ A. Contreras-Hermosilla (2000): *The Underlying Causes of Forest Decline*, Occ. Paper No. 30, Center for International Forestry Research (CIFOR), Jakarta

⁹ siehe Fußnote 1

¹⁰ siehe Fußnote 7

¹¹ H. John Heinz Center (2001): *Designing a Report on the Nations Ecosystem*, H. John Heinz Center for Science, Economics and the Environment

¹² siehe Fußnote 1

¹³ EC und UN/ECE (2000): *2000 Report on the Forest Condition in Europe*, Europäische Kommission und United Nations Economic Commission for Europe, Brüssel (www.europa.eu.int/comm/agriculture/fore/conrep/2000/exec_en.pdf)

¹⁴ siehe Fußnote 1

¹⁵ Anatoly A. Kotlobay (2002): *Illegal Logging in the Southern Part of the Russian Far East - Problem Analysis and Proposed Solutions*, WWF, Gland

¹⁶ Global Forest Watch and Greenpeace Russia (2001): *The Last Intact Forest Landscapes of Northern European Russia*, World Resources Institute, Washington

¹⁷ siehe Fußnote 8

¹⁸ World Conservation Monitoring Centre (1992): *Global Biodiversity: Status of the Earth's Living Resources*, Chapman and Hall, London

¹⁹ S.C. Oldfield et. al (1998): *The World List of Threatened Trees*, World Conservation Monitoring Centre, Cambridge

²⁰ D. Bryant et.al (1997): *The Last Frontier Forests - Ecosystems and Economies on the Edge*, World Resources Institute, Washington

²¹ UNDP, UNEP, Weltbank und WRI (2000): *World Resources 2000-2001: People and Ecosystems*, World Resources Institute, Washington

²² Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) (2000): *Land-Use, Land-Use Change and Forestry*, Cambridge University Press, Cambridge

²³ IPCC (2001): *WGI Third Assessment Report* (www.ipcc.ch)

²⁴ M. Kirschbaum und A. Fischlin (1996): *Climate Change Impacts on Forests*. In: R. Watson et al.: *Climate Change 1995 - Impacts, Adaptations and Mitigation of Climate Change: Scientific- Technical Analysis. Contribution of Working Group II to the Second Assessment Report of the Intergovernmental Panel of Climate Change (IPCC)*. Cambridge University Press, Cambridge

²⁵ Der Beitrag stellt in wesentlichen Teilen eine Zusammenfassung der Studie "Forests of Fear - The Abuse of Human Rights in Forest Conflicts" dar, die im November 2001 von der europäischen Umwelt- und Menschenrechtsorganisation FERN herausgegeben wurde (download unter <http://www.fern.org/pubs/reports/fear.pdf>)

²⁶ J. Mayers und S. Bass (1999): *Policy that works for Forest and People*, Int. Inst. for Environment and Development (IIED), London

²⁷ World Commission on Forests and Sustainable Development (1999): *Our Forests, Our Future*, Cambridge University Press, Cambridge

²⁸ Comissão Pastoral da Terra (2000): *As Novas Caras da Violência no Campo Brasileiro*, <http://www.cptnac.com.br/publicacoes/pub0003.htm>

²⁹ FERN (2001): *Forests of Fear - The Abuse of Human Rights in Forest Conflicts*, Moreton-in-Marsh, UK

³⁰ UNDP (2000): *Human Development Report 2000 - Summary*, United Nations Development Programme, New York, www.undp.org/hdr2000

2. Internationale politische Entwicklungen

2.1 Internationale Waldpolitik im Rio-Folgeprozess

Im Laufe der 80er Jahre konnte dank intensiver Aufklärungsarbeit zahlreicher Nichtregierungsorganisationen und Wissenschaftler einer breiten Öffentlichkeit deutlich gemacht werden, dass Wälder weltweit durch mehrere Ursachenkomplexe in dramatischer Geschwindigkeit geschädigt und vernichtet werden. Dies führte nicht zuletzt zu dem Beschluss des G7-Wirtschaftsgipfels von 1990, ein globales Abkommen oder eine Konvention zum Schutz der Wälder anzustreben. Gleichzeitig wurde von den Vereinten Nationen das Thema Wald zur Behandlung auf der UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung (UNCED) 1992 in Rio de Janeiro vorbereitet.

Wichtige Ergebnisse des „Erdgipfels“ zum Schutz der Wälder sind die Agenda 21, die sich in Kapitel 11 mit dem Schutz und der nachhaltigen Nutzung von Wäldern, das Übereinkommen über die Biologische Vielfalt, die Klimarahmenkonvention und die Walderklärung (Forest Principles).

1995 wurde der Intergovernmental Panel on Forests (IPF) eingerichtet, um „nach Konsens zu suchen und Vorschläge für weitere Aktivitäten gegen Entwaldung und Degradierung von Wäldern zu formulieren und das Management, den Schutz und die nachhaltige Nutzung aller Arten von Wäldern zu fördern.“ Er legte der Kommission für Nachhaltige Entwicklung (CSD) ein von der internationalen Staatengemeinschaft verhandeltes Paket von Aktionsvorschlägen vor, das im Juni 1997 von der Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen (RIO+5) verabschiedet wurde.

Als wichtigste Ursachen der Entwaldung nennt der IPF Armut und Unterentwicklung. Holzeinschlag, Besiedlung, die Umwandlung in landwirtschaftliche Flächen, Bergbau und Ölsuche werden laut IPF erst dann zu einem Problem, wenn sie illegal oder nicht in Übereinstimmung mit den nationalen Gesetzen durchgeführt werden. Damit wurde die Legalität zum Maß aller Dinge gemacht, unabhängig davon, wie gravierend die Eingriffe oder wie unzureichend die nationalen Gesetze sind.

Auch die Rechte der indigenen und der lokalen Bevölkerung finden nur am Rande Erwähnung. Auf das Betreiben einzelner Länder hin wurden alle entsprechenden Paragraphen so geändert, dass sich daraus keine zusätzlichen Verpflichtungen ableiten lassen. Ob Landrechte oder traditionelles Wissen - anerkannt und respektiert zu werden brauchen sie nur, wenn dies „den verfassungsmäßigen und gesetzlichen Regelungen eines Landes“ entspricht.

Deutliche Worte findet der IPF dort, wo es um den Handel mit Holz geht. Im Abschlussbericht wird etwa gefordert, dass „Umweltinteressen nicht zu versteckten Handelshemmnissen führen dürfen“. Einschränkungen des internationalen Handels werden gar als Ursachen der Waldzerstörung identifiziert. Der freie Handel wird damit zu einem unumstößlichen Prinzip erhoben, das weder begründet werden muss, noch in Frage gestellt werden darf.

Die Aktionsvorschläge des IPF zeigen große Unterschiede in Art und Umfang ihrer Empfehlungen. Dies reicht von allgemeinen Prinzipien und Richtlinien über unverbindliche Aufträge an UN-Organisationen und bestehende Konventionen bis zu einigen wenigen Empfehlungen, die konkrete Umsetzungsschritte fordern. Dazu gehört auch der Auftrag, Nationale Waldprogramme zu erarbeiten³¹.

IFF und UNFF

Zur Unterstützung der Umsetzung der IPF-Aktionsvorschläge wurde das Intergovernmental Forum on Forests (IFF) eingesetzt, das 1997 seine Arbeit aufnahm. Zu seinem Auftrag gehörte auch, mögliche Elemente eines rechtlich verbindlichen Instruments für den Waldbereich zu identifizieren. Die Diskussionen kreisten allerdings mehr um Themen wie „nationale Souveränität“, „uneingeschränkter Handel mit Waldprodukten“ und „neues Geld“ als um die Vereinbarung verbindlicher Standards für eine nachhaltige Waldwirtschaft oder Maßnahmen gegen den illegalen Handel mit Holz. Das im Februar 2000 vorgelegte Abschlussdokument macht weitere 120



Aktionsvorschläge, die allerdings kaum über die des Vorläufergremiums IPF hinausgehen.

Um die Waldverhandlungen auf internationaler Ebene weiter führen zu können, wurde das Wälderforum der Vereinten Nationen (UNFF) eingerichtet. Im Gegensatz zu IPF und IFF arbeitet es nicht mehr unter der Ägide der Kommission für nachhaltige Entwicklung (CSD) sondern ist dem Wirtschafts- und Sozialausschuss der Vereinten Nationen (ECOSOC) unterstellt. Damit sollte den auf der Stelle tretenden Waldverhandlungen größeres Gewicht beigemessen werden. Ob es gelungen ist, bleibt auch nach zwei Arbeitstagungen des UNFF mehr als fraglich.

Der Versuch, ein Arbeitsprogramm für die kommenden fünf Jahre zu formulieren, endete beim kleinsten gemeinsamen Nenner. Das Ergebnis endloser Diskussionen sind Formulierungen, die zwar die richtigen und notwendigen Ansätze nennen, aber niemanden verpflichten, sie auch umzusetzen. Bislang macht das UNFF keine Vorgaben, welche walddpolitischen Ziele ein Land verfolgen soll, bis wann es sie erreichen, wie es sie finanzieren oder wem es bis wann darüber berichten soll. Es darf Länder nur „einladen“, aber nicht „auffordern“, über die Umsetzung der Handlungsempfehlungen von IPF und IFF zu berichten.

Nachdem auf der 6. Vertragsstaatenkonferenz des Übereinkommens über die biologische Vielfalt (CBD) ein mehrjähriges Arbeitsprogramm zu Wäldern beraten wurde (siehe auch 2.3 Wald und Biodiversität), formiert sich eine Blockadefront, die befürchtet, dass die Waldpolitik von den Förstern an die Naturschützer übergehen könnte. Ob es zwischen UNFF und CBD zu einer von allen Seiten akzeptierten Arbeitsteilung kommt, hängt nicht zuletzt von den Ergebnissen der Weltgipfels zu Nachhaltiger Entwicklung in Johannesburg ab.

2.2 Wald in der Klimaschutzdiskussion

Wälder haben ein großes Potenzial, das zur Erderwärmung beitragende Kohlendioxid (CO₂) zu vermeiden oder zu reduzieren. Der Schutz bestehender Wälder erhält sie als CO₂-Speicher; Wiederaufforstungen von bereits zerstörten Wäldern könnten CO₂-Senken schaffen.

Bereits in der Klimarahmenkonvention sind der Schutz und die Vergrößerung von CO₂-Senken als Ziel formuliert. Mit dem 1997 auf den Weg gebrachten Kyoto-Protokoll wurden erstmals rechtlich verbindliche Emissionsziele der Industrieländer vereinbart³². Nach langem Streit dürfen 169 Megatonnen Kohlenstoff der Verpflichtungen von Industrieländern durch Senkenaktivitäten reduziert werden. Das sind ca. 3,4 Prozent der durch das Kyoto-Protokoll festgelegten Gesamtverpflichtungen. Bis Ende 2002 sollen die erforderlichen Ratifikationen vorliegen, damit das Protokoll in Kraft treten kann.

Internationale Waldpolitik seit Rio

1992	UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung (UNCED) <ul style="list-style-type: none">- Agenda 21- Konvention über die biologische Vielfalt- Klimarahmenkonvention- Walderklärung
1995	3. Sitzung der Kommission für nachhaltige Entwicklung (CSD) <ul style="list-style-type: none">- beschließt die Einrichtung des IPF
1995-1997	Intergovernmental Panel on Forests (IPF) <ul style="list-style-type: none">- legt Abschlußbericht mit Handlungsempfehlungen vor
1997	UN-Sondergeneralversammlung RIO+5: <ul style="list-style-type: none">- verabschiedet die Handlungsempfehlungen von IPF- beschließt die Einrichtung des IFF
1997-2000	Intergovernmental Forum on Forests (IFF) <ul style="list-style-type: none">- legt Abschlußbericht mit Handlungsempfehlungen vor
2000	Wirtschafts- und Sozialausschuss der Vereinten Nationen (ECOSOC) <ul style="list-style-type: none">- beschließt die Einrichtung des UNFF

Nach Artikel 3.3 des Kyoto-Protokolls werden Quellen und Senken im Bereich der Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft angerechnet, wenn sie sich aus den direkten menschlichen Tätigkeiten „Aufforstung“, „Wiederaufforstung“ und „Entwaldung“ seit 1990 ergeben und wenn sie als „nachprüfbarer Bestandsänderung der Kohlenstoffvorräte“ im Verpflichtungszeitraum 2008-2012 messbar sind. Wälder werden nach aktuellem Beschlussentwurf als ein Stück Land definiert, das mindestens 0,05 - 1 ha groß ist und 10 - 30 Prozent Baumbewuchs mit einer potenziellen Höhe von 2 - 5 m aufweist³³. Dies beinhaltet auch junge Baumbestände und Plantagen, sowie abgeerntete Baumbestände, die nach einem bestimmten Zeitraum wieder zu Wäldern werden können.

Nach Artikel 3.4 des Kyoto-Protokolls wird den Industrieländern in der ersten Verpflichtungsperiode eine Auswahl von CO₂ reduzierenden Maßnahmen erlaubt, die nicht auf „direkte Aktivitäten“ beschränkt sind. Dazu gehören auch Maßnahmen des Forstmanagements wie selektive Holznutzung, Schutz vor Schädlingen oder die Einführung von genetisch veränderten Pflanzen mit höherer Kohlenstoffspeicherkapazität.



Nach Artikel 6 des Kyoto-Protokolls können Forstprojekte im Rahmen einer „Joint Implementation“ durchgeführt werden. Dies erlaubt Industrieländern, ihre Verpflichtungen zur CO₂-Reduktion durch die Finanzierung von Projektaktivitäten in anderen Industrieländern zu erfüllen.

Artikel 12 erlaubt es Industrieländern im Rahmen des sogenannten „Clean Development Mechanism“ (CDM) ihren Verpflichtungen durch die Finanzierung von Projektaktivitäten in Entwicklungsländern nachzukommen. Diese Aktivitäten sind auf ein Prozent der Gesamtemissionen aus dem Basisjahr 1990 eines Industrielandes beschränkt.

Die problematischen Punkte im Einzelnen:
Nach einem Bericht des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) ist die Überprüfbarkeit der Senkenfunktion von Waldprojekten noch sehr schwierig und unsicher³⁴. Besonders die genaue Quantifizierung des in Wäldern gespeicherten und somit auch anzurechnenden Kohlenstoffs bereitet große Schwierigkeiten. Unsicherheitsfaktoren sind nicht nur unvorhersehbare Ereignisse während der 50- bis 100-jährigen Projektlaufzeit (wie z.B. Feuer oder Schädlingsbefall), sondern bereits das Fehlen verlässlicher und vergleichbarer Grunddaten, auf denen CO₂-Gutschriften erfolgen würden. So haben sich allein die Angaben zur Kohlenstoff-Fixierung in Senken vom ersten zum zweiten Nationalbericht zur Klimarahmenkonvention im Schnitt um 60 Prozent³⁵ geändert.

Deshalb können Waldprojekte im Rahmen des Kyoto-Protokolls erst dann eine Option werden, wenn ausreichende wissenschaftliche Erkenntnisse und Instrumente vorhanden sind, um die nach Projektbeendigung tatsächlich gebundenen CO₂-Emissionen korrekt zu erfassen und zu überprüfen.

Besonders bei Waldprojekten in Entwicklungsländern im Rahmen des Clean Development Mechanism (CDM) kann es zu einer Verlagerung des Problems kommen. So kann ein Aufforstungsprojekt an seinem Standort zwar Treibhausgase binden, Rodungsaktivitäten verlagern sich aber möglicherweise nur an andere Stellen. Forstprojekte können die Nachfrage nach Grund und Boden erhöhen und zu einer Konkurrenz für die lokale oder indigene Bevölkerung in Wäldern werden.

Mit großer Wahrscheinlichkeit werden durch die Ausgestaltung des Kyoto-Protokolls Plantagen als Senkenprojekte gefördert. Auf großen Flächen und mit schnellwüchsigen bzw. genetisch manipulierten Baumsorten können bereits in kurzer Zeit hohe CO₂-Reduktionen erzielt werden. Damit sinken die Investitionskosten. Und da von einem Investor aus der Wirtschaft oder Industrie, der „nur“ seine Reduktionsverpflichtungen erfüllen will, kaum erwartet werden kann, dass er sich um soziale und ökologische Fragen in anderen Ländern kümmert, werden Plantagen wahrscheinlich zum „Renner“ unter den Senkenprojekten.

Befürworter des Senkenhandels behaupten, in der Dritten Welt stünden riesige ungenutzte Landflächen zur Aufforstung zur Verfügung. Land mit fruchtbaren Böden ist aber überall knapp und wird von der einheimischen Bevölkerung intensiv genutzt und bewohnt. Für die Anlage großer Plantagen werden diese Menschen umgesiedelt oder vertrieben und dringen dann in noch vorhandene Waldgebiete vor.

Das Hauptproblem des Klimawandels ist auch weiterhin die Verbrennung von fossilen Brennstoffen. Erst an zweiter Stelle und mit wesentlich geringerer Bedeutung stehen Emissionen durch Änderung der Landnutzung, wozu auch die Waldumwandlung gehört.

- Nach neuesten Berechnungen des IPCC würde die Aufforstung aller weltweit durch Änderung von Landnutzung verloren gegangenen Biomasse die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre höchstens um 40 bis 70 ppm³⁶ reduzieren³⁷. Das wären zwischen 10 und 20 Prozent der heutigen CO₂-Konzentration in der Atmosphäre - somit durchaus ein beachtlicher Beitrag für den Klimaschutz.
- Auf der anderen Seite befinden sich noch etwa 5 Billionen Tonnen erschlossener Kohlenstoff in Form von fossilen Brennstoffen unter der Erde⁴⁴. Dies ist mehr als das Zehnfache des gesamten in den Wäldern gespeicherten Kohlenstoffs. Außerdem wird bis zum Ende des Jahrhunderts ein Anstieg der CO₂ Konzentration um bis zu 200 ppm erwartet!

Aus dieser Sicht heraus wird deutlich, dass nur die Reduzierung der Verbrennung von fossilen Brennstoffen zur Stabilisierung der CO₂ Konzentration in der Atmosphäre führen kann.



Forderungen des Forums Umwelt & Entwicklung

1. Für einen wirksamen und aktiven Klimaschutz sind drastische Energieeinsparungen und die schnellstmögliche Abkehr von fossilen Energieträgern (Kohle, Erdöl, Erdgas) dringend erforderlich. Gleichzeitig muss die Nutzung regenerativer Energiequellen gefördert werden. Die umweltschädliche und extrem gefährliche Atomenergie ist keine Alternative.
2. Wir lehnen den CO₂-Senken-Handel ab und fordern, den Wald- und Forstbereich von den Verpflichtungen zur Reduktion der Treibhausgasemissionen strikt zu trennen. Großflächige Aufforstungen und Plantagenprojekte können die Treibhausgase, die zur Zeit durch die Verfeuerung der in Jahrmillionen gebildeten gigantischen Kohlenstoffvorräte in die Atmosphäre gelangen, weder einlagern noch dauerhaft binden.
3. Der Schutz von Primärwäldern und Urwäldern mit ihrer biologischen Vielfalt muss vorrangiges Ziel verantwortungsvoller Umwelt- und Entwicklungspolitik sein. Sie haben unschätzbare Bedeutung für die Stabilisierung des Klimas und die Speicherung großer Mengen Kohlenstoffs. Rodung und Degradierung machen diese Wälder zu CO₂-Quellen.
4. Energie- und Holzplantagen tragen nicht zum Klimaschutz bei. Sie sind heute schon eine Ursache der Waldvernichtung und des Klimawandels. Es besteht die Gefahr, dass für diese Plantagen noch mehr Urwälder und naturnahe Wälder abgeholzt werden. Plantagen speichern weniger Kohlenstoff als Misch- und Naturwälder, stehen in Konkurrenz zu anderen Landnutzungsformen (Nahrungsmittelproduktion) und sind als Monokulturen sehr anfällig für Schadereignisse.

- Der Erhalt der biologischen Vielfalt
- Die nachhaltige Nutzung ihrer Bestandteile
- Die ausgewogene und gerechte Aufteilung der sich aus der Nutzung der genetischen Ressourcen ergebenden Vorteile, insbesondere durch angemessenen Zugang zu genetischen Ressourcen, angemessene Weitergabe der einschlägigen Technologien unter Berücksichtigung aller Rechte an diesen Ressourcen und Technologien, sowie angemessene Finanzierung.

Die Konvention macht zahlreiche walddrelevante Aussagen, die in einem engen Zusammenhang zu der Wald-erklärung von Rio und dem Kapitel 11 der Agenda 21 stehen und die eine Grundlage für den Schutz und die nachhaltige Bewirtschaftung der Wälder darstellen³⁹. In enger Kooperation mit IPF und IFF (siehe Abschnitt 2.1) wurde 1998 auf der vierten Vertragsstaatenkonferenz ein Arbeitsprogramm zu Waldbiodiversität verabschiedet. Zu seinen Zielen gehört:

- das Einbringen von Biodiversitätsaspekten in nationale Wald- und Landschaftsplanungsprogramme und nachhaltige Waldbewirtschaftung,
- Umsetzung des Ökosystemansatzes,
- Umgang mit traditionellem Wissen,
- Finanzierungsmechanismen,
- Technologietransfer,
- Identifizierung der Wirkung von Schutzgebieten sowie
- Beiträge zur Umsetzung der Aktionsvorschläge von IPF/IFF.

Auf der fünften Sitzung des Wissenschaftlich-technischen Ausschusses der Konvention (SBSTTA) im Januar 2000 wurde eine erste Zwischenbewertung des Arbeitsprogramms vorgenommen. Dabei wurde eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die SBSTTA bei der Feststellung von Status und Trends der Waldbiodiversität und bei der Formulierung von Optionen für deren Erhalt und nachhaltige Nutzung unterstützen soll. Die Vertragsstaaten wurden aufgefordert, bis Mai 2001 nationale Berichte zum Thema Waldbiodiversität einzureichen.

Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe und die Auswertung der nationalen Berichte dienten der Vorbereitung von SBSTTA 7 im November 2001, das dem Thema Waldbiodiversität einen hohen Stellenwert einräumte. Damit waren die Vorbereitungen getroffen, um auf der sechsten Vertragsstaatenkonferenz (COP 6) im April 2002 das bisher eher auf Forschung fokussierte Arbeitsprogramm zu einem Aktions-orientierten Instrument zu machen.

Zehn Jahre nach Rio schien die Biodiversitäts-Konvention auf dem besten Weg, Bewegung in die festgefahrene Diskussion über internationale Waldpolitik zu bringen. Das von SBSTTA vorbereitete Arbeitsprogramm für 2002 bis 2010⁴⁰ umfasste u.a. konkrete Empfehlungen zur:

2.3 Wald und Biodiversität

Nach unterschiedlichen Schätzungen beherbergen tropische, gemäßigte und boreale Wälder zwischen 60 und 90 Prozent der terrestrischen biologischen Vielfalt. Das 1992 während der UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung unterzeichnete Übereinkommen über die biologische Vielfalt (CBD) ist damit auch eines der wichtigsten internationalen Regelwerke für den Wald.

Die Konvention trat am 29.12.1993 in Kraft und hatte Anfang 2002 182 Vertragspartner. Die Ziele der CBD sind nach Artikel 1 der Konvention:



Nach unterschiedlichen Schätzungen beherbergen tropische, gemäßigte und boreale Wälder zwischen 60 und 90 Prozent der terrestrischen biologischen Vielfalt. Die Chance für eine Trendwende zum Schutz der Wälder und ihrer Artenvielfalt wurde allerdings verpasst.

Foto: pelicwatch.org

- Klärung von Landrechtsfragen und der Verantwortlichkeit für Ressourcennutzung,
- Bekämpfung von illegalem Holzeinschlag, illegaler Nutzung von Nichtholz-Produkten und illegaler Ausbeutung genetischer Ressourcen,
- Abschaffung von Subventionen, die den Verlust oder eine nicht nachhaltige Nutzung der biologische Vielfalt der Wälder fördern,
- Förderung der Partizipation indigener und lokaler Bevölkerung.

Die Chance für eine Trendwende zum Schutz der Wälder und ihrer Artenvielfalt wurde allerdings verpasst. Zwar haben die Vertragsstaaten erstmals ihren politischen Willen erklärt, das weltweite Artensterben bis zum Jahr 2010 zu stoppen. Doch sie konnten sich bei der Verabschiedung des Wald-Arbeitsprogramm weder darauf einigen, bis wann welche Teilschritte umgesetzt sein sollen, noch darüber, wie die Arbeit zu finanzieren ist.

Während Frankreich und Deutschland sowie Russland eine positive Rolle spielten, blockierten Brasilien, Kanada und Malaysia massiv ein stärker aktions-orientiertes Programm. Das Ergebnis enthält eine Liste von über 130 Maßnahmen zum Waldschutz, doch allem voran steht ein deutlicher Verweis auf die nationale Souveränität der Vertragsstaaten und ihr „souveränes Recht, ihre eigenen Ressourcen gemäß ihrer eigenen Umweltpolitik zu nutzen“⁴¹.

Es scheint, als wolle man mit diesem Argument die Tatsache außer Kraft setzen, dass es sich bei dem Übereinkommen über die biologische Vielfalt um einen völkerrechtlich verbindlichen Vertrag handelt. Andererseits wird hier nur das Dilemma aller Konventionen deutlich: konkrete Maßnahme lassen sich nur dann festschreiben, wenn alle Vertragspartner ihnen zustimmen. Wenn es, wie in diesem Fall, eine nicht unbedeutende Fraktion

gibt, die der holzwirtschaftlichen Nutzung ihrer Wälder deutlichen Vorrang einräumen, lassen sich konkrete Schritte zu ihrem Schutz nicht durchsetzen.

Was bleibt, ist ein Arbeitsprogramm mit guten Ansätzen, aber nur vagen Vereinbarungen über seine Umsetzung. So werden die Vertragsstaaten aufgefordert, bis zur nächsten Konferenz (COP 7) freiwillige Berichte über ihre Prioritäten und Fortschritte bei der Umsetzung zu liefern. Auf Druck der EU wurde eine Expertengruppe eingesetzt, die SBSSTA und das Sekretariat der Konvention dabei unterstützen soll, bis COP 8 einen Überblick über die erreichten Fortschritte zu liefern.

2.4 Globale politische Trends

2.4.1 Blickpunkt WTO

Der Handel mit Holz und anderen Waldprodukten hat tiefgreifende Auswirkungen auf die Wälder der Erde. Die bestehenden internationalen Vereinbarungen im Rahmen des Handelsabkommens GATT und der Welthandelsorganisation WTO bestrafen Länder, die auf Grund von Umweltschutzmaßnahmen den Handel mit Holzprodukten reglementieren, da diese Einschränkungen als nicht-tarifäre Handelshemmnisse gesehen werden, die dem Gesetz des freien Marktes entgegenstehen. Die Liberalisierungstendenzen haben nicht nur eine Kontrolle des Welthandels erschwert, sondern auch die Macht und den Einfluss der Handelslobby im Forstsektor gestärkt. Eine derartige Kontrolle ist notwendig, um die weitere Zerstörung der Wälder zu verhindern.

Die im Rahmen der WTO durchgeführte Liberalisierung des Handels mit Holz und anderen Waldprodukten trägt zu einer Erhöhung des weltweiten Handelsvolumens bei und verstärkt seine negativen Auswirkungen, da neue Handelskanäle geschaffen und bestehende Handelsbeziehungen ausgebaut werden. So hat sich die Menge der weltweit gehandelten Holzprodukte seit 1970 verdoppelt. Der Wert der legalen Exporte hat sich im von 1970 bis 1995 auf 152 Mrd. US-Dollar verdreifacht.



Schwachpunkte der Biodiversitätskonvention

Auf der sechsten Vertragsstaatenkonferenz legten Nichtregierungsorganisationen einen umfangreichen Bericht über die bisherige Umsetzung der walddrelevanten Teile der Biodiversitäts-Konvention (CBD) vor*. Auf der Grundlage von 21 Länderberichten** kommen sie zu ernüchternden Ergebnissen:

- Das wichtigste Ergebnis aus der Ratifizierung der Biodiversitäts-Konvention besteht für viele Staaten bislang in erster Linie in der Ausarbeitung einer Nationalen Biodiversitäts-Strategie. Ohne finanzielle Unterstützung durch die Globale Umweltfazilität (GEF) der Weltbank wäre dies für die meisten Länder des Südens nicht möglich gewesen.
- Eine Umsetzung der Verpflichtungen aus der Konvention, sowie häufig auch der nationalen Biodiversitäts-Strategie, scheitert in vielen Ländern an fehlenden finanziellen Ressourcen.
- Die CBD wird in erster Linie mit Naturschutz in Zusammenhang gebracht. Sowohl bei der Regierung als auch der Gesellschaft gibt es ein erstaunlich geringes Verständnis für die Bedeutung der Verpflichtungen aus der Konvention für die biologische Vielfalt der Wälder.
- Obwohl die Strukturen von Land zu Land unterschiedlich sind, kann man generell feststellen, dass die Zuständigkeiten für Wälder auf verschiedene Verwaltungen aufgeteilt ist. Häufig ist eine Forstverwaltung für Wald und Holzproduktion zuständig, während Umweltschutzabteilungen mit Naturschutz und biologischer Vielfalt beschäftigen. Die Zusammenarbeit funktioniert selten reibungslos. Während die einen ein wichtiges Wirtschaftsgut verwalten, sind die anderen häufig auf eine Finanzierung ihrer Aktivitäten durch internationale Geldgeber (z.B. GEF) angewiesen.

- Die Ursachen für die Bedrohung der biologischen Vielfalt der Wälder werden nur selten zur Kenntnis genommen. In einigen Fällen mögen sich politische Entscheidungsträger noch um Verständnis bemühen, häufig werden die Beziehungen zwischen biologischer Vielfalt auf der einen und Waldnutzungsplanung und Wirtschaftspolitik auf der anderen Seite schlichtweg ignoriert. Gleichzeitig fehlt den meisten Ländern eine allgemeine Strategie für eine nachhaltige Entwicklung. Dies deutet auf fehlenden politischen Willen bei den Entscheidungsträgern in Verwaltung und Wirtschaft, Waldschutz als ein sektorübergreifendes Thema zu begreifen
- In vielen Ländern läßt die Bereitschaft, die von der Konvention geforderten Berichte zu erstellen, deutlich nach:
 - 129 von 171 Vertragsstaaten (1998) legten den 1. Nationalen Bericht vor,
 - 69 von 182 Vertragsstaaten (2001) legten den 2. Nationalen Bericht vor,
 - 40 von 182 Vertragsstaaten (2001) legten den Bericht über Waldökosysteme vor.
- Leider scheitern auch Länder, die es in langwierigen Prozessen geschafft haben, die Verpflichtungen der Konvention in Strategien und Aktionsprogramme umzusetzen, häufig an der letzten Hürde: der Umsetzung vor Ort. Für die Kontrolle der Umsetzung stehen nur selten ausreichende Mittel zur Verfügung - insbesondere dort, wo eine Kontrolle einflußreichen wirtschaftlichen und politischen Interessen zuwider läuft.

* FERN und Global Forest Coalition (2002): Status of Implementation of Forest-related Clauses in the CBD - An Independent Review and Recommendations for Action (www.fern.org)

**Die untersuchten Länder sind Australien, Brasilien, Chile, Großbritannien, Kamerun, Kanada, Kolumbien, Ghana, Indien, Indonesien, Kenya, Malaysia, Neuseeland, Niederlande, Papua Neuguinea, Russland, Südafrika, Surinam, Tschechien, Uganda und Uruguay.

Schätzungen zufolge werden 25 Prozent der Weltproduktion von Furnieren und Papierprodukten, 20 Prozent der Schnittholz- und Holzschliffproduktion sowie 6 -7 Prozent der Rundholzproduktion international gehandelt⁵⁰. Der Gewinn der Handelsliberalisierungen kommt jedoch nur einigen wenigen in den entwickelten Ländern zugute. Verlierer sind die Armen und Benachteiligten in den Entwicklungsländern.

Der Vorschlag für eine weitgehende Abschaffung von Zöllen im Waldsektor ist 1999 in Seattle (damals als ‚Global Free Logging Agreement‘ bezeichnet) auf Grund der fehlenden Unterstützung durch Europa und Japan gescheitert ist. Doch für die EU bleiben viele der Diskussionspunkte, z.B. über erweiterten Marktzugang und Investitionsregeln, auf der handelspolitischen Agenda. Auch die US-Regierung hat ihre ursprüngliche Unterstützung für diese Initiative keinesfalls aufgegeben.



Eine viel größere Bedrohung für die Wälder als die ohnehin schon niedrigen Zölle stellt die angestrebte Beseitigung sogenannter ‚nicht-tarifärer Handelsmaßnahmen‘ (‚Non-Tariff Measures‘ oder NTMs) dar. Darunter fallen nationale Gesetze, Regulierungen, Bestimmungen und sonstige Maßnahmen, die den freien Handel mit Produkten behindern oder stören können. Zwar erlauben die WTO-Regeln den Mitgliedstaaten, im Ausnahmefall Maßnahmen zum Schutz des Lebens und der Gesundheit von Menschen, Tieren und Pflanzen sowie zur Erhaltung erschöpflicher Naturschätze auch dann durchzuführen, wenn sie den Handel beeinträchtigen⁴³. Bisher zeigen jedoch die Entscheidungen des WTO-Streitschlichtungsausschusses, dass diese Regeln meist so eng wie möglich ausgelegt werden. Es ist zu befürchten, dass die Verhandlungen über die Aufhebung von Zöllen die Tür für weitaus umfangreichere Gespräche über die Verringerung von nicht-tarifären Handelsmaßnahmen öffnen werden - denn die stehen einer weiteren Liberalisierung entgegen. Sowohl die EU als auch die USA halten daran fest, den Abbau von NTMs auf die Tagesordnung von neuen WTO-Verhandlungen zu setzen.

Seit längerem wird innerhalb der WTO die Debatte um Öko-Label und Zertifizierungsinitiativen wie die des Forest Stewardship Councils (FSC) kontrovers geführt. Ihre Stellung im Handelsrecht der WTO ist unklar, da sie in den umweltrelevanten Passagen des WTO-Vertragstextes keine Erwähnung finden. Zwar werden Label im Rahmen des WTO-Übereinkommens über technische Handelshemmnisse (TBT) erwähnt, jedoch ist nicht klar, ob auch Öko-Label für Holzprodukte und Zertifizierungsinitiativen für nachhaltige Waldbewirtschaftung unter diese Abkommen fallen⁴⁴.

Forderungen des Forums Umwelt & Entwicklung:

- Keine weiteren multilateralen Zollsenkungen, die sich im Waldsektor ökologisch und sozial nachteilig auswirken und die derzeitigen Trends in der Waldzerstörung sowie Landkonflikte mit der lokalen Bevölkerung verstärken. Dies gilt gleichermaßen für Deregulierungstendenzen in bilateralen und regionalen Handelsabkommen.
- Nicht-tarifäre Handelsmaßnahmen wie Recycling von Holzprodukten, Zertifizierungssysteme oder Exportverbote für Rundhölzer, die dem Schutz der Wälder dienen und den Konsum von Holzprodukten reduzieren sollen, sind als Beitrag zum globalen Umweltschutz zu begrüßen und sollten innerhalb der WTO nicht als technische Handelshemmnisse (TBT) ausgelegt werden. Auch wenn sie Handel unter bestimmten Umständen einschränken, überwiegen die umweltpolitischen und sozialen Vorteile. Daher sollten sie unter Art. XX des GATT-Vertrages über Allgemeine Ausnahmen fallen.
- Subventionen, die eindeutig negative Auswirkungen auf die Umwelt haben, sollten abgebaut werden.
- Für zukünftige Handelsabkommen sind umfassende Nachhaltigkeitsstudien unter breiter Beteiligung aller betroffenen Interessengruppen durchzuführen. Diese müssen sowohl die ökologischen als auch die sozialen Folgen weiterer Liberalisierung im Waldbereich berücksichtigen.

2.4.2 Die Rolle der Weltbank

Bereits seit mehreren Jahren wird bei der Weltbank an neuen politischen Leitlinien für Waldprojekte gearbeitet. Damit will sich die Weltbank von den im Forest Policy Paper von 1991 formulierten Leitlinien verabschieden, die sich in erster Linie dadurch auszeichnen, dass sie eine Finanzierung von Holzeinschlag in tropischen Primärwäldern ausschließen⁴⁵.

Zentrale Punkte der Leitlinien von 1991 waren ihr multi-sektoraler Ansatz, wonach bei allen Weltbankaktivitäten deren Auswirkungen auf den Wald zu berücksichtigen sind, sowie das Verbot einer direkten Finanzierung der Holzwirtschaft in tropischen Primärwäldern. Einigen Mitarbeitern der Weltbank war dieses Verbot von Anfang an ein Dorn im Auge, da es vielen Forstwirtschaftsprojekten enge Grenzen setzte. Bereits mit der 1993 verabschiedeten Umsetzungsrichtlinie (Operational Policy, OP) gelang es ihnen, das Verbot abzuschwächen - für den zügigen Mittelabfluss stellt es aber immer noch eine Hürde dar. Mit der Aufhebung des Verbots im Rahmen der neuen Waldpolitik soll sie nun beseitigt werden.



Aufschluss über die Auswirkungen der bisherigen waldpolitischen Leitlinien gibt ein 1999 veröffentlichter Bericht der quasi-unabhängigen Weltbankabteilung für Evaluierung (Operations Evaluation Department - OED). Dieser Bericht ist bahnbrechend, denn im Gegensatz zu früheren Weltbankstudien sind für steigende Entwaldungsraten diesmal nicht arme Bauern, Brandrodungslandwirtschaft und Bevölkerungswachstum verantwortlich. Statt dessen werden in der OED Analyse Globalisierung und Korruption als die treibenden Kräfte hinter dem zunehmenden Waldverlust beschrieben. Besonders hervorgehoben werden dabei Elemente einer Wirtschaftspolitik, die einseitig auf Exportförderung ausgerichtet ist, wie z.B. die Abwertung von Landeswährungen.

Die eigenen Leitlinie, so der OED-Bericht, werden von Weltbankprojekten weitgehend ignoriert. Eine Instanz, die Mitarbeiter dafür zur Verantwortung ziehen würde, fehlt bislang. OED und Weltbank sehen darin allerdings ein Indiz für Fehler des Instruments. Die Waldpolitik von 1991 sei zu sehr auf den Naturschutz ausgerichtet und habe die Bank von wichtigen Investitionen im Forstsektor abgehalten, die zu einer Verringerung der Entwaldungsraten geführt hätten.

Seit Juli 2002 liegt nun ein offizieller Entwurf der neuen politischen Leitlinie vor. Seine Kernbotschaft: Die Kräfte des Marktes sollen helfen, das Problem der Waldverlustes zu lösen. Zu den Nutznießern dieser Politik werden in erster Linie Forstwirtschafts- und Kohlenstoffsenkenprojekte gehören (vergl. 2.2):

- Damit stehen alle Arten von Wäldern für Investitionen in eine forstwirtschaftliche Nutzung offen. Ausgenommen werden allein so genannte „Kritische Wälder“. Eine Beteiligung der von den Wäldern abhängigen lokalen Bevölkerung an der Definition dieses Begriffes ist nicht vorgesehen.
- Von Partizipation ist allein dort die Rede, wo Wirtschaft, NRO und lokale Bevölkerung aufgefordert werden, Eingaben bei der Entwicklung von Zertifizierungssystemen zu machen, die auf den Gesetzen und Institutionen der Nehmerländer beruhen sollen.
- Anstatt konkrete Sollbruchstellen (Safeguard Policies) für Waldprojekte zu formulieren, wird nur auf andere Leitlinien verwiesen, die sich zum Teil bereits als unwirksam erwiesen haben.
- Kontroverse Punkte, wie die Frage nach den Auswirkungen von Strukturanpassungsmaßnahmen und anderer Weltbankprogramme auf die Wälder, werden ausgeklammert.
- Darüber hinaus sollen die Leitlinien nicht für die gesamte Weltbank-Gruppe gelten. Ausgenommen sind

die International Finance Corporation (IFC) und die Multilateral Investment Guarantee Agency (MIGA), jene Zweige der Weltbank, die direkt den Privatsektor fördern.

All dies ist äußerst beunruhigend. Projektmanager der Weltbank, die ständig unter dem Druck stehen, neue Projekte zu identifizieren und Gelder abfließen lassen zu müssen, gewinnen dadurch einen neuen Spielraum. Ökologische und soziale Nachhaltigkeit stehen zwar auf dem Papier, sind aber in der Praxis schwer umzusetzen.

Forderungen des Forums Umwelt & Entwicklung:

Eine neue Weltbankpolitik ohne eindeutige Vorgaben zum Schutz der Wälder und zur Beteiligung der Menschen, deren Lebensgrundlage sie bilden, kann nur zu einer größeren Gefährdung der Wälder führen.

Wir fordern die Bundesregierung und den deutschen Exekutivdirektor der Weltbank deshalb auf, sich dafür einzusetzen, dass im Rahmen einer neuen Waldpolitik

- die Rechte indigener Völker und anderer Waldbewohner gewahrt werden,
- eine angemessene Beteiligung aller Interessengruppen an Nationalen Waldprogrammen und anderen Weltbankaktivitäten sicher gestellt wird,
- operationalisierbare Vorgaben gemacht werden, wie schädliche Einflüsse von Maßnahmen außerhalb des Waldsektors auf den Wald und seine Bewohner verhindert werden können und
- die Finanzierung von Projekten durch die Weltbankgruppe in Naturwäldern unterbunden wird.

2.5 Europas Einfluss auf die Wälder der Welt

Der Schutz und die Nutzung von Wäldern und Waldgebieten in Europa bleibt ein Vorrecht der EU-Mitgliedsstaaten. Dies fällt nicht in die Kompetenz der Europäischen Kommission⁵⁴. Allerdings haben die EU und ihre Mitgliedstaaten einen nicht unbedeutenden Einfluss darauf, wie Wälder in anderen Teilen der Welt bewirtschaftet werden: Denn sie sind ein wichtiger Importeur und Verbraucher von Holz und Holzzeugnissen. Sie sind bedeutender Verhandlungspartner in der Welthandelsorganisation (WTO), in der die Regeln für den Handel mit Waldprodukten entworfen werden. Außerdem wird ein Drittel aller bilateralen Waldprojekte weltweit von der EU und ihren Mitgliedstaaten finanziert wird.

Regeln für den Handel

Gemeinsam mit den USA gehört die EU zu den einflussreichsten Verhandlungspartnern im Welthandel. Unstimmigkeiten zwischen den beiden wurden auf der Tagung der Welthandelsorganisation (WTO) im Dezember 1999 in Seattle deutlich. (siehe dazu auch 2.4.1).

Entscheidend für das Schicksal der Wälder der Welt sind aber die laufenden Agrarverhandlungen im Rahmen des WTO-Abkommens über Landwirtschaft. Das gegenwärtige System des EU, das mit hohen Importzöllen und Subventionen für die eigenen landwirtschaftlichen Erzeugnisse Entwicklungsländer benachteiligt, muss gründlich reformiert werden. Werden allerdings die Importzölle auf Erzeugnissen wie Sojabohnen, Palmöl und Rindfleisch gesenkt (sie betragen zur Zeit etwa 100 Prozent), erhöht sich der Druck auf die Wälder in den Ländern, die sie exportieren. Denn dort werden weitere Flächen gerodet, um mehr Exportgüter produzieren zu können.

Bevor weitere Handelsvereinbarungen unterzeichnet werden, müssen ökologische und soziale Auswirkungen umfassend geprüft und verbindliche Verpflichtungen eingegangen werden, die möglichen negativen Auswirkungen entgegen wirken.

EU-finanzierte Waldprojekte

Weltweit finanzieren die EU und ihre Mitgliedstaaten ein Drittel aller bilateralen Tropenwaldprojekte. Die Möglichkeiten der EU, Waldpolitik auch außerhalb ihrer Grenzen zu beeinflussen, sind entsprechend groß. Die Qualität der Wirkungen darf aber in Frage gestellt werden: Eine Evaluation der EU-Projekte in tropischen Wäldern bescheinigte 53 Prozent der Projekte unzureichende Ergebnisse⁴⁷.

Bemerkenswert ist, dass bei zunehmender Entwaldung die finanzielle Unterstützung der EU für Tropenwaldprojekte kontinuierlich sinkt. Betrug sie 1994 noch 130 Millionen ECU, so waren es 1996 nur noch 80 Millionen⁴⁸.

Unabhängige Studien wie solche, die von der Kommission selbst in Auftrag gegeben wurden, kommen zu dem Schluss, dass die Entwicklungshilfe der EU in vielen Punkten verbessert werden muss⁴⁹:

- EU-Projekten fehlt es an einer kohärenten Strategie. So können die Ergebnisse eines EU-finanzierten Projektes durch die Auswirkungen eines anderen zunichte gemacht werden. Ein Straßenbauprojekt der EU in Kamerun führt beispielsweise dazu, dass Wälder schneller erschlossen und ausgebeutet werden können. Es schafft erst den Zugang zu einem Waldschutzgebiet, dessen Schutz ebenfalls mit EU-Mitteln unterstützt wird⁵⁰.
- Allgemeine Informationen über EU-Projekte fehlen weitgehend. Obwohl über 2000 Projekte in Asien und Lateinamerika finanziert wurden, lagen bis 1997 weniger als 100 Evaluationen vor. Dies führt dazu, dass Erfahrungen aus der Projektdurchführung nicht in die Planung und Durchführung neuer Projekte einfließen.
- Die Ausarbeitung und Umsetzung von Projekten und die Zuweisung von Mitteln ist weder ausreichend transparent noch partizipativ.
- Die personellen Kapazitäten, die zur Durchführung der EU-Projekte zur Verfügung stehen, sind deutlich zu gering. Es gibt eine hohe Fluktuation der Mitarbeiter und Fachkenntnisse im Umwelt- oder Waldbereich stehen kaum zur Verfügung. Dies führt dazu, dass immer weniger Personal für die Durchführung immer größer werdender Einzelprojekte verantwortlich ist - obwohl sich kleinere und partizipativ geplante Projekte in den Auswertungen als effektiver herausgestellt haben.



Foto: Audiovisual Library European Commission

Werden die Importzölle der EU auf Erzeugnissen wie Sojabohnen, Palmöl und Rindfleisch gesenkt, erhöht sich der Druck auf die Wälder in den Ländern, die sie exportieren. Denn dort werden weitere Flächen gerodet, um mehr Exportgüter produzieren zu können.



- Langwierige und aufwendige Verwaltungsverfahren verlagern den Schwerpunkt von Projektinhalten auf die Einhaltung administrativer Vorgaben. Verzögerungen und Finanzierungslücken sind keine Ausnahmen mehr, sondern werden zunehmend zur Norm. Die Projektarbeit vor Ort wird dadurch unterbrochen. Private Durchführungsorganisationen können diese Lücken nur schließen, wenn sie bereit sind, große Summen vorzufinanzieren.
- Der größte Teil der indigenen Völker der Erde lebt in oder von tropischen Wäldern. Die Situation der Indigenen Völker und anderer mittelbar oder unmittelbar vom Wald lebenden Menschen muss deshalb den Kern jeder Diskussion über Wälder bilden. Im Dezember 1998 hat der Entwicklungsausschuss der EU eine Resolution zu Indigenen Völkern und Entwicklungshilfe verabschiedet. Darin wird deutlich formuliert, dass Entwicklungszusammenarbeit dazu beitragen soll, die Rechte indigener Völker zu stärken und sie zu einer eigenständigen Entwicklung zu befähigen. In der Resolution wird außerdem festgestellt, dass indigene Völker ein Recht darauf haben, gegen Projekte Einspruch zu erheben. Um so enttäuschender ist es, dass neuere Diskussionspapiere über die Entwicklungspolitik der EU diese Resolution noch nicht einmal erwähnen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Entwicklungsprojekte der EU zwar ein großes Potenzial haben, positive Veränderungen herbeizuführen, ihre Ergebnisse aber bislang dürftig sind. Die bisher unternommenen Versuche, Verfahren zur Entscheidungsfindung zu vereinfachen und zu harmonisieren, waren wenig erfolgreich.

Forderungen des Forums Umwelt & Entwicklung:

Die Kommission muss dringend eine Umorientierung hin zu einem partizipativeren Projektansatz vornehmen und in größeren Maße Mittel für die Durchführung kleinerer und einfacher zu handhabender Projekte bereit stellen.

Bevor der EU bescheinigt werden kann, ihre Macht verantwortungsbewusst zu nutzen, müssen verbindliche Mindeststandards für Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfungen vereinbart und Auswirkungen von Projekten regelmäßig geprüft werden.

Um dazu in der Lage zu sein, ist es dringend erforderlich, den eklatanten Personalmangel zu beseitigen. Er steht derzeit in keinem Verhältnis zu den Summen an Steuergeldern, die in diesem Bereich zur Verfügung stehen.

³¹ Einen guten Überblick gibt der "Practitioner's Guide to the Implementation of the IPF Proposals for Action", der 1999 von der Sechs-Länder-Initiative zur Unterstützung des Intergovernmental Forum on Forests herausgegeben wurde. Die Koordination dieser Initiative wurde von GTZ - TWRP übernommen.

³² Eine Verringerung der Emissionen an Treibhausgasen der Industrieländer um 5,2 Prozent im Zeitraum von 2008 bis 2012, basierend auf den Emissionen des Jahres 1990

³³ Draft decision -/CMP.1, land use, land-use change and forestry FCCC/CP/2001/5/ADD.2 25.09.01

³⁴ IPCC (2000): Special Report on Land Use, Land-Use Change And Forestry

³⁵ NFCCC/AGBM/1997/Misc.4

³⁶ Parts per million

³⁷ IPCC (2001): Climate Change 2001: The Scientific Basis

³⁸ World Energy Assessment: Energy and the challenge of sustainability

³⁹ Skala-Kuhmann (1996): Rechtliche Instrumente zur Förderung der nachhaltigen Nutzung und zum Schutz der forstlichen Ressourcen im internationalen Zusammenhang. Im Auftrag von GTZ/TWRP, Eschborn

⁴⁰ Subsidiary Body for Scientific, Technological and Technical Advice (SBSTA), Montreal November 2001: Dokument UNEP/CBD/COP/6/17 erhältlich unter www.biodiv.org

⁴¹ Punkt 15 (b) der Ministererklärung der 6. Vertragsstaatenkonferenz der CBD in Den Haag (www.biodiv.org)

⁴² Sizer, Kaimowitz und Downes (1999) „Tree Trade: Liberalization of International Commerce in Forest Products - Risks

and Opportunities“, World Resources Institute (WRI) (<http://www.wri.org/forests/tretrade.html>)

⁴³ Diese Ausnahmemöglichkeit ist im Artikel XX des Allgemeinen Zoll- und Handelsvertrages (GATT) der WTO enthalten.

⁴⁴ Verfechter des freien Handels mit Holz und Holzprodukten wie die International Tropical Timber Organisation (ITTO) vertreten eine möglichst umfassende Definition von NTMs, die sowohl gesundheitspolizeiliche Standards als auch technische Vorschriften im Sicherheits- und Gesundheitsbereich sowie Öko-Labels und Zertifizierungssysteme in die Definition von Handelshemmnissen einschließen.

⁴⁵ Die wichtigsten Dokumente der Weltbank finden sich unter „Background Documents“ auf <http://wbln0018.worldbank.org/ESSD/Forestpol-e.nsf/mainview>.

⁴⁶ Artikel 175 des Vertrag von Amsterdam

⁴⁷ ECO Studie: Evaluation of the forestry component of EC programmes in Developing Countries, ECO 1998.

⁴⁸ Fern 1999: The EU and tropical forests on a new track, Brüssel

⁴⁹ Studien der EU: Evaluation of EC development aid to ACP countries (1998) und Evaluation of EU development aid to ALA states (1999); European Rainforest Movement (ERM) 1997: Evaluation of the environmental performance of EC Programmes in developing countries; ECO 1998: Evaluation of the forestry component of EC programmes in developing countries; Rainforest Foundation UK 1998: Out of Commission

⁵⁰ Weitere Beispiele finden sich auf der Homepage der Rainforest Foundation: www.rainforestfoundationuk.org

3. Waldpolitik in nationaler Verantwortung

Im Frühjahr 2002 hat die Bundesregierung, fast zehn Jahre nach der einschlägigen Selbstverpflichtung von Rio, ihre nationale Nachhaltigkeitsstrategie⁵¹ verabschiedet. Parallel zu diesem Verfahren wurde ein ständiger Staatssekretärsausschuss für Belange der nachhaltigen Entwicklung eingerichtet.

Obwohl von NRO-Seite mit Nachdruck gefordert, spielt das Thema Wald im Aktionsprogramm der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie so gut wie keine Rolle, ist lediglich von einzelnen Zielvorgaben etwa im Bereich des Biodiversitätsschutzes oder der sog. Agrarwende mittelbar berührt. Zwar gibt die Nachhaltigkeitsstrategie vor, dass sie als ein dynamisches Instrument zu bewerten ist, das kontinuierlich fortgeschrieben werden soll. Dass allerdings nach Maßgabe der internationalen Nachhaltigkeitsdebatte prioritär gebotene Handlungsfelder wie das Thema Wald und Umgang mit Waldressourcen zunächst ausgeklammert wurden, wirft ein bezeichnendes Licht auf die mangelnde Ernsthaftigkeit, mit der der Prozess der nationalen Umsetzung der Verpflichtungen aus der Agenda 21 in der Bundesrepublik seit Rio betrieben wurde.

Dieser Vorwurf ist natürlich auch der Regierung Kohl zu machen, die sich in Rio als Promotor des Nachhaltigkeitsdiskurses gerierte und die Umsetzung im eigenen Land anschließend sträflich vernachlässigte.

Eine nationale Nachhaltigkeitsstrategie im Sinne der Agenda 21 soll gleichermaßen Orientierungsrahmen für

Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft sein. Der global verantwortliche Umgang mit Waldressourcen ist dabei ein geradezu exemplarischer Themenbereich, an dem kongruente politische wie gesellschaftliche Handlungsverantwortung hätte deutlich gemacht werden können. Dies begründet sich schon daraus, dass aus Wäldern neben dem Agrarsektor die meisten international gehandelten nachwachsenden Rohstoffe stammen und Naturwälder gleichzeitig am meisten von allen terrestrischen Ökosystemen unter menschlichen Eingriffen leiden.

Bezüglich globaler deutscher Verantwortung sei hier nur beispielhaft auf den mit massiven globalen Auswirkungen verbundenen heimischen Holz- und Papierverbrauch verwiesen, den Import von Futtermitteln, Pflanzenölen aus Palmlantagen oder die Nutzung exotischer cash-crops; allesamt Wirtschaftsgüter, bei denen deutscher Konsum oder wirtschaftliches Engagement im internationalen Vergleich eine prominente Rolle spielen - und die allesamt die unmittelbare Handlungsverantwortung unseres Landes am Erhalt globaler Waldökosysteme herausfordern.

Nicht zuletzt in diesem Zusammenhang ist die zügige und konsequente Fortschreibung der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie dringend geboten, wobei - generell - der Duktus deutlich weniger auf den in der Strategie dominierenden „Perspektiven für Deutschland“ als auf der globalen deutschen Handlungsverantwortung liegen muss.



Bezüglich globaler deutscher Verantwortung sei hier nur beispielhaft auf den mit massiven globalen Auswirkungen verbundenen heimischen Holz- und Papierverbrauch verwiesen.

Foto: www.freeimages.co.uk



3.1 Das Nationale Waldprogramm

Im September 1999 hat das damalige Bundeslandwirtschaftsministerium (BML) einen Prozess zur Formulierung eines Nationalen Waldprogramms als zentrales walddpolitisches Instrument im nationalen Rio-Folgeprozess eingeleitet. Die formale Beteiligung anderer Ministerien wurde von Beginn an nur halbherzig betrieben, was schon daran deutlich wird, dass das BMZ zeitgleich und völlig unabhängig davon mit dem Entwurf eines neuen Sektorkonzeptes Wald begann (s.u.).

Bis heute ist nicht erkennbar, dass etwa durch den neuen Staatssekretärsausschuss (Grünes Kabinett) eine fachliche interministerielle Harmonisierung deutscher Waldpolitik (in globaler Verantwortung) angestrebt wird, ohne die die konsequente Umsetzung eines ganzheitlichen Nationalen Waldprogramms nicht möglich ist.

Erst nach zahlreichen Einsprüchen von NRO wurde der nach internationalem Verständnis falsche Begriff Nationales Forstprogramm - womit augenscheinlich der primär forstliche Ansatz unterstrichen werden sollte - durch Nationales Waldprogramm ersetzt. Der immer noch nicht abgeschlossene Prozess läßt dies auch an der Auswahl der beteiligten Akteure erkennen. An bislang dreizehn „Runden Tischen“ nahmen VertreterInnen von über 50 Interessengruppen teil, bei einem deutlichen Übergewicht von Repräsentanten der forstlichen (holzorientierten) und jagdlichen Waldnutzung. Dies trug dazu bei, dass die - neben der forstlichen, rohstoffbezogenen Nutzfunktion - vom Bundeswaldgesetz als gleichrangig eingestufenen Waldfunktionen (bislang) nicht die angemessene, teilweise gar keine Berücksichtigung fanden.

Als vorläufiges Ergebnis wurde im Oktober 2000 vom damaligen Minister Funke das NFP-Deutschland der Öffentlichkeit vorgestellt. Zuvor hatten fast alle beteiligten Umweltschutzverbände, das Bundesumweltministerium, das Bundesamt für Naturschutz und die GTZ deutliche Kritik am Entwurf vorgetragen. Mehrere Umweltorganisationen verweigerten dem NFP-Deutschland in der damaligen Fassung ihre Unterstützung.

Die AG Wald des Forum Umwelt & Entwicklung forderte deshalb die Bundesregierung und insbesondere Ministerin Künast auf, im weiteren Verfahren ein zukunftsfähiges Nationales Waldprogramm (NWP) für Deutschland zu entwickeln. Die Bundesregierung muss sich dabei nach Auffassung der NRO gemäß ihren Verpflichtungen zum Schutz der biologischen Vielfalt, zum Klimaschutz sowie der Umsetzung der Agenda 21 mit Entschiedenheit zu einer umwelt- und sozialverträglichen Waldpolitik bekennen, und diese auf nationaler und internationaler Ebene entschieden vertreten. Es dürften auch nicht länger Millionenbeträge aus Steuergeldern für Maßnahmen ausgegeben werden, die im Ergebnis zu Waldvernichtung oder -degradierung führen.

Ziel des Nationalen Waldprogrammes Deutschlands muss nach Auffassung der NRO sein, im Einklang mit den Nationalen Waldprogrammen der Partnerländer den Erhalt aller Wälder der Erde durch Schutz und nachhaltige Nutzung sicherzustellen. Dafür ist ein sektorübergreifender und ganzheitlicher Ansatz erforderlich, der die Formulierung von Politiken, Strategien und Aktionsplänen, sowie deren Umsetzung und Überwachung beinhaltet.

Das NWP Deutschland muss nicht zuletzt in die oben erwähnte Nationale Nachhaltigkeitsstrategie konsequent eingebunden werden, der Prozess folgerichtig in der Gesamtverantwortung der Bundesregierung und nicht in sektoraler Verantwortung liegen. Dies entspricht auch der Empfehlung des Intergovernmental Panel on Forests (IPF), das der Entwicklung Nationaler Waldprogramme zur Umsetzung internationaler Konventionen große Bedeutung einräumt. Die einschlägigen Aktionsvorschläge (IPF-Proposals for Action) wurden im Juni 1997 von den Vereinten Nationen verabschiedet (s.o.).

Die Erarbeitung eines Nationalen Waldprogrammes bietet grundsätzlich einen ausgezeichneten Rahmen für die Entwicklung einer Strategie der Bundesrepublik Deutschland zum Schutz und zur ökologisch und sozial verträglichen Nutzung der Wälder und ihrer Rolle in der Entwicklungszusammenarbeit wie im internationalen Handel mit Holzprodukten in Deutschland.

Das sogenannte Nationale Forstprogramm Deutschland (NFP), das im Oktober 2000 der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, erfüllte diese Aufgabe nicht. Mangels konkreter Handlungsempfehlungen, vor allem zu nicht unmittelbar forstlichen Sektoren und Problemen, ist es nicht einmal geeignet, die berechtigten Interessen der Waldbesitzer und der Forst- und Holzwirtschaft angemessen zu schützen.

3.1.1 Umwelt- und gesellschaftspolitische Argumente für ein Nationales Waldprogramm in Deutschland

Die deutsche Waldpolitik braucht eine Neuorientierung:

- Der Schutz der Biodiversität wurde lange Zeit vernachlässigt, so dass die Forstwirtschaft als zweitwichtigste Ursache des Artensterbens in Deutschland gilt.
- Ökologische Waldnutzung wird bislang nur auf einem kleinen Teil der Fläche praktiziert. In Deutschland sind weniger als zwei Prozent der Waldfläche als Schutzgebiete frei von forstlichen Eingriffen. Im internationalen Vergleich ist dies eine beschämende Bilanz.
- Der Wald ist durch Luftschadstoffe, den Klimawandel verursacht von Industrie, Verkehr und Landwirtschaft schwer geschädigt und bedroht.

- Als Folge einer verfehlten Jagdpolitik entstehen durch überhöhte Schalenwildbestände immense ökologische und wirtschaftliche Schäden. Dafür müssen vor allem Steuerzahler und Waldbesitzer aufkommen.
- Weite Teile des Waldes bestehen aus gleichaltrigen, strukturarmen Baumbeständen, die wegen ihrer mangelnden Stabilität immer häufiger Stürmen oder Insekten-Massenbefall zum Opfer fallen.
- Von EU, Bund und Ländern werden immer noch mit Millionenbeträgen Fördermaßnahmen finanziert, ohne dass deren positive ökologische Wirkung gesichert ist.
- Die Verwendung und der Preis des heimischen Rohstoffes Holz wird erheblich beeinträchtigt durch Subventionen für konkurrierende Stoffe (v.a. Aluminium, Stahlbeton, Stahl, PVC, Glas), für deren Erzeugung und Verarbeitung wesentlich mehr Energie verbraucht wird und deren Entsorgung oft große Probleme verursacht⁵². Dieser Preisdruck wird mitverursacht durch Billigimporte von Holz und Holzprodukten (v.a. Zellstoff und Papier), die in Urwald-Regionen der Welt immense, nicht reparierbare ökologische Schäden hinterlassen. Die Bundesrepublik ist weltweit der drittgrößte Handelsplatz für Holz und Holzprodukte und importiert jährlich große Mengen Holz, die häufig aus Raubbau, illegalem Holzeinschlag und illegalem Handel stammen. Der steigende Verbrauch an kurzlebigen Holzprodukten (vor allem von Papier) steht im krassen Widerspruch zu einer nachhaltigen Entwicklung. Investitionen in anderen Waldländern, die mitunter sogar durch Hermesbürgschaften abgesichert werden, tragen zur Zerstörung oder Degradierung von Wäldern bei.
- Die in den deutschen Waldgesetzen festgeschriebene gleichrangige Sicherung der Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktionen des Waldes zum Wohle der gesamten Gesellschaft ist derzeit nur auf einem Bruchteil der Waldflächen gewährleistet.

- Eine glaubwürdige Kommunikation der Vorteile und Qualitäten eines aus ökologischer Waldnutzung stammenden Rohstoffes Holz wird gegenüber den Verbrauchern staatlicherseits bisher kaum unterstützt.

3.1.2 Zielvorgabe eines Nationalen Waldprogramms
Ziel des Nationalen Waldprogrammes (NWP) muss sein, die Erhaltung der biologischen Vielfalt und der vielfältigen Aufgaben der Wälder und deren Schutz und nachhaltige Bewirtschaftung sicherzustellen, basierend auf der Gleichbehandlung aller Waldfunktionen, so wie es auch das Bundeswaldgesetz vorschreibt.

Dazu sind zunächst sämtliche für den Wald wesentliche Einflüsse und Probleme umfassend zu analysieren. Einige der Probleme liegen innerhalb des Waldsektors (z.B. Waldbewirtschaftungskonzepte). Viele Einflüsse gehen aber von anderen Sektoren aus (v.a. Luftschadstoffe, Holzsubstitute, Klimaänderung). Zu beachten ist auch der Einfluss Deutschlands auf Wälder außerhalb der Landesgrenzen (z.B. Holzimporte, Entwicklungszusammenarbeit, UN-Konventionen, illegaler Holzhandel).

Forderungen des Forums Umwelt & Entwicklung

Ein Nationales Waldprogramm sollte deshalb sich gleichrangig mit den folgenden Problemfeldern auseinandersetzen:

- *Biodiversität und Wald*
Status Artenvielfalt, Schutzgebiete, Förderung von Naturschutzmaßnahmen, bedrohte Waldgesellschaften, walddynamische Prozesse
- *Der Wald als aktive und passive Größe im Klimageschehen*
Einfluss des Waldes auf das Klima, Auswirkungen der Klimaänderungen auf den Wald, Einfluss von Luftschadstoffen auf den Wald, Kohlenstoffhaushalt
- *Importe und Exporte von Holz*
Bilanzen, illegaler Handel, Raubbau-Holz (ökologische und soziale Probleme), bedrohte Baumarten und Waldökosysteme, Plantagen, Inanspruchnahme von Wald und Landressourcen für Importe
- *Der Einfluß Deutschlands im Rahmen der internationalen Waldpolitik*
Waldpolitik von IWF und Weltbank, EU, ITTO, UN-Konventionen, UNFF, FAO, Hermesbürgschaften und Wald, Menschenrechte und Waldpolitik, nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit





- **Der Einfluss von Holzsubstituten auf Wald und Holzmarkt**
Rechtliche und fiskalische Behandlung der wichtigsten Substitute, Vergleiche von Ökobilanzen, Förderung der Holzwirtschaft und des Holzabsatzes, Subventionsvergleiche, Energiebilanzen
- **Der Wert des Waldes**
Bilanzierung der Wirkungen des Waldes und der Leistungen der Waldnutzung (außer Holznutzung), für die Gesellschaft, Honorierungssysteme für nichtforstliche Leistungen, v.a. Wasserschutz, Lärmschutz, Erholungsfunktion, Schutzfunktionen
- **Besondere Bedeutung und Probleme der Schutzwälder im Gebirge**
Zustand, Bedrohung, holzwirtschaftliche Nutzung, Jagd, Waldweide, Information der Bürger
- **Jagd und Wald**
Bilanzierung ökologischer und ökonomischer Schäden, ökonomische Erträge durch Jagd, Verursacher und Träger der Kosten
- **Förderung der Waldbewirtschaftung**
Förderung des privaten und kommunalen Waldbesitzes, Aufwand für Staats- und Bundeswald
- **Wald und Erholung/Tourismus**
Bedeutung von Waldschutzgebieten, Wäldern, Forsten und Plantagen für Erholung und Tourismus; Belastungen für Forstbetriebe
- **Waldbewirtschaftung in Deutschland- Rolle der Zertifizierung**
Darstellung verschiedener Waldbau- und Bewirtschaftungskonzepte, Auswirkungen z.B. Sturmanfälligkeit, Zertifizierung, transgene Gehölze
- **Bedeutung von Forst- und Holzwirtschaft**
wirtschaftliche Bedeutung, Arbeitsplätze, Ländlicher Raum, Privatisierung, Rationalisierung

Wir fordern die Bundesregierung auf, das Thema Wald in ganzheitlicher und global verantwortlicher Form im Rahmen ihrer geplanten Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie zu behandeln.

3.2 Wald in der Entwicklungszusammenarbeit

Im Mai 2002 wurde vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit das neue „Sektorkonzept Wald und nachhaltige Nutzung“ vorgestellt. Bemerkenswert ist zunächst die Genese dieses Konzeptes. Erstmals



Foto: European Commission Audiovisual Library

Lehrgang zur nachhaltigen Management von Tropischen Wäldern in Papua Neu-Guinea

wurde damit im BMZ ein Sektorkonzept in einem breit angelegten fachlichen Dialog unter partizipativer Beteiligung u.a. von NRO entwickelt. Das neue Sektorkonzept ist für alle Institutionen der staatlichen EZ ab sofort verbindlich, es dient als Richtschnur für die Länderprogrammierung und Ausformulierung von Sektorschwerpunktprogrammen.

Eine Neuformulierung des Tropenwaldsektorkonzeptes aus dem Jahr 1992 war schon deshalb überfällig, weil der Wirkungsbereich deutscher EZ längst über den Tropenwaldbereich hinaus reicht. Geboten war sie auch, weil bisherige Vorgaben keinen hinreichenden Schutz boten vor Fördervorhaben, die den dauerhaften Waldressourcenschutz unterliefen. Bis heute gibt es dafür praktische Beispiele in EZ Vorhaben.

Bemerkenswert am neuen „Sektorkonzept Wald und nachhaltige Nutzung“ sind insbesondere die folgenden Punkte:

- Waldressourcenschutz und nachhaltige Nutzung von Waldressourcen wurden handlungsstrategisch auf eine Stufe gestellt
- Von Waldressourcen unmittelbar oder mittelbar abhängige Bevölkerungsgruppen wurden demonstrativ in den Mittelpunkt der Zielorientierung gerückt
- Die Bekämpfung von illegalen, zerstörerischen Eingriffen in Waldökosysteme wurde zu einem Schwerpunktarbeitsfeld deutscher EZ deklariert
- Intersektorale Politikkohärenz wird operationalisiert
- Verbindliche ökologische und soziale Mindeststandards (Safeguards) wurden eingeführt

- In diesem Zusammenhang werden erstmals Projekt-Sollbruchstellen vorgesehen
- Projektentwicklungen wurden an partizipative Beteiligung der Hauptzielgruppe lokale Bevölkerung konditioniert
- Für Zertifizierungsinstrumente werden hohe, FSC-analoge Standards gefordert

Im Sinne dieser weitgehend neuen Vorgaben kann man fast von einem historischen Fortschritt im Sinne einer an Nachhaltigkeitszielen orientierten Geberkonditionierung sprechen. Es wäre zu wünschen, dass dieses neue Sektorkonzept als Vorbild für die Fortschreibung anderer BMZ-Politiken herangezogen wird.

Aus NRO-Sicht wäre eine noch stärkere Konditionierung sicher wünschenswert gewesen. Auch weist das Papier aus deren Sicht noch Schwachstellen auf, etwa was den Stellenwert Nationaler Waldprogramme angeht, die nach dem Sektorkonzept als tragende Säule deutscher EZ-Orientierung dienen sollen, per se aber keine Garantie für Nachhaltigkeit im Waldsektor bieten. Unbefriedigend bleibt beispielsweise auch, dass das Sektorkonzept kaum konzeptionelle Vorgaben liefert für Kompensationsmechanismen für gebotene Nutzungsverzichte und Finanzierungsinstrumente zum dauerhaften Waldschutz.

Aber es ist nach jahrelangen Bemühungen ohne Frage ein demonstrativer Schritt in die richtige Richtung - wenn (und nur dann!) es ebenso stringent wie geradlinig in

die operative Handlungsbene deutscher EZ im bi- und multilateralen Bereich umgesetzt wird.

Forderungen des Forums Umwelt & Entwicklung

Das neue Sektorkonzept Wald muss ab sofort auch zur verbindlichen Maßgabe deutscher Verhandlungsstrategien in internationalen waldrelevanten Instrumenten werden.

Die fachlichen Vorgaben müssen konsequent und umgehend, auch durch interne Mitarbeiterschulung, an alle zuständigen Referate des BMZ, nachgeschaltete Ausführungsorganisationen und praktischen Handlungsebenen in Projekten vermittelt werden.

Das Sektorkonzept muss unmittelbaren Eingang finden in die Neukonditionierung und Zwischenevaluierungen auch aller laufenden waldrelevanten EZ-Projekte.

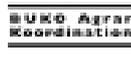
Das Sektorkonzept sollte im BMZ zum Anlass genommen werden, andere Politiken des Ministeriums im Sinne einer fachlichen Harmonisierung auf den Prüfstand zu stellen.

Das Sektorkonzept sollte unmittelbar einfließen in die Formulierung eines umfassenden, ganzheitlichen Nationalen Waldprogramms.

⁵¹ Perspektiven für Deutschland. Unsere Strategie für eine nachhaltige Entwicklung

⁵² Angesichts der großen und teilweise hochsubventionierten Konkurrenz von Holzsubstituten (z.B. Aluminium, PVC) macht es wenig Sinn, den Holzabsatz alleine mit millionenschweren Werbekampagnen zu fördern. Im Rahmen einer sektorübergreifenden Strategie wäre vielmehr dafür zu sorgen, dass ein Rohstoff wie z.B. Aluminium, für dessen Erzeugung das 120-fache an Energie verbraucht wird, nicht durch niedrige Strompreise subventioniert wird.

Unterzeichner der Kampagne:



Agenda 21 Stralsund / Allerweltsladen / Arbeitsgemeinschaft Alternativ Handeln / Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft / Arbeitskreis der Herneburger UmweltpädagogInnen / ASA Programm / autofrei leben! / Baobab Infoladen Eine Welt / Bundesverband für Umweltberatung / Bürgerstiftung zukunftsfähiges München / Christoffel-Blindenmission / Connecting Worlds / Die Umwelt- Akademie / Earthlink / Eine Welt Forum Siegen-Wittenstein / Energie gewinnt! / Förderkreis Umweltschutz in Unterfranken / Indienhilfe / Informationszentrum 3. Welt Minden / Initiative Solidarische Welt / Initiative 2000 plus / Institut für Interkulturelle Arbeit, Technik und Gesellschaft / Institut für Kirche und Gesellschaft / Institut für Ökologie und Aktions-Ethnologie / Katalyse / Kinderhilfswerk PLAN / Kirchenkreis Hersfeld Arbeits- und Koordinierungsstelle Praktische Schritte für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung / Klima-Bündnis-Agentur Nord / Naturfreundejugend Deutschlands / NaturwissenschaftlerInnen Initiative Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit / Nord-Süd-Forum Bremerhaven / Nord-Süd-Forum München / Offene Arbeit Erfurt / Ökumenischer Arbeitskreis Eine Welt Filderstadt / Ökumenische Gesellschaft / Pestizid-Aktions-Netzwerk Germany / Peter-Hesse-Stiftung – Solidarität in Partnerschaft für eine Welt / "Twende Pamoja" - Freundeskreis Tanzania / ufafabrik - Internationales Kulturzentrum / Umweltberatung Nordost / UnternehmensGrün / Urgewald / Verein Niedersächsischer Bildungsinitiativen / Verein zum Schutz der Bergwelt / Welt Ethik Forum / Weltfriedensdienst / Welthaus Bielefeld / World Vision Deutschland / Zentrum für Entwicklungsbezogene Bildung der Ev. Landeskirche in Württemberg / Zukunftsfähiges Bonn / Zukunftsrat Hamburg

Kontakt: Forum Umwelt & Entwicklung
 Am Michaelshof 8-10 · 53177 Bonn
 Tel.: 02 28 - 35 97 04 · Fax: 02 28 - 92 39 93 56
 E-Mail: info@forumue.de · www.forumue.de